

# Vorwärts

## Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands.

Nr. 130.

Samstag, 4. November.

1877.

### Kullmann und Koniger.

Was war das für ein müßes Geschrei im Lager der Nationalliberalen, als der fanatisierte Handwerksgehilfe Kullmann ein Pistol auf den Abgott der Liberalen, den Herrn von Bismarck abfeuerte. Diese ruchlose That mußte um jeden Preis den Clericalen aufgehaftet werden.

Im Reichstage, im preussischen Landtage, in Parteiverfassungen und in der Presse, überall wurde die ultramontane Partei für den Substanzverlust eines halbwahnsinnigen verantwortlich gemacht und das geflügelte Wort: „Der Kullmann wird den Clericalen immer an den Fuchschänken hängen“ giebt deutlich Kunde von dem widerwärtigen fanatischen Parteihass, den gerade die Liberalen allen ihren Gegnern entgegenbringen.

Dieser Hass ist allerdings sehr leicht erklärlich, er entsteht aus der Schwäche und der sittlichen Verkommenheit der liberalen Partei.

Wie weit nun der Ultramontanismus Schuld an dem Mordanschlag gegen den Herrn v. Bismarck hat, wollen wir nicht untersuchen — die Erziehung zum religiösen Fanatismus ist auf alle Fälle verwerflich.

Aber ist der fanatische Ultramontanismus, selbst wenn er die Kullmannsaffäre völlig verschuldet hätte, nicht noch ein Engel an Reinheit gegen den heuchlerischen Liberalismus, welcher zwar keine Kullmänner, aber Koniger erzieht?

Kullmann wollte einen Mann tödten, den er für verderblich gegenüber seiner Religion hielt; er war sogar unbefangener genug dabei nicht zu bedenken, daß, wenn Bismarck auch fiel, die Bismarcke doch geblieben wären — man hat also einfach die unsinnige That eines unerfahrenen, ungebildeten, fanatisierten und sogar zugegeben durch den Ultramontanismus fanatisierten Menschen zu beurtheilen. Aber keinem Mitgliede der clericalen Partei, keinem Priester, keinem ultramontanen Parlamentarier konnte man irgendwie nachweisen, ja man wagte auch kaum eine Andeutung, daß er auf jene blutige That irgendwie eingewirkt habe.

Anderes liegt es aber mit dem Falle des Doctor Koniger. Dieser „gebildete“ Mann mit einschmeichelnden Reden wurde von dem Vorstände eines großen liberalen Vereins, der sich in der ganzen liberalen Partei der größten Achtung erfreut, zu den ultramontanen Gegnern in das eigene Haus geschickt, um dort auszuhorchen, indem er vertraulich mit den harmlosen Opfern plauderte, was denselben irgendwie zum Schaden gereichen konnte. Solche freventliche Verletzung des Gastrechts, welches selbst den ungebildeten Völkern heilig ist, betrieb der liberale Verein.

Ist es nun vom Standpunkt der Moral aus verwerflicher, wenn ein ungebildeter fanatisierter Handwerksgehilfe den vermeintlichen Unterdrücker seiner Religion, des Bischofs, was er sein eigen nennt, zu erschlagen sucht, oder wenn hochgebildete Professoren einen gebildeten Doctor beauftragen, in friedlichen Familien sich einzuschleichen, dort unter dem Schutze des Gastrechts Spionage zu treiben, um dann durch Denunciation Menschen- und Familienwohl zu zerstören?

Um die Antwort wird kein christlicher Mensch verlegen sein. Die Triebfeder solcher Spionage aber war nicht religiöser Fanatismus, sondern Ehrgeiz und vielfach persönliche Bekränktheit, persönlicher Haß, weil der Vorstand des liberalen Vereins in den politischen Kämpfen schon manche Schlappe von seinen ultramontanen Gegnern erlitten hatte.

Im Uebrigen bleiben wir dabei, daß der Fall Koniger uns gar nicht überreift hat — er mußte sich aus dem verübten Treiben der liberalen Partei mit Notwendigkeit entwickeln. Auch positive derartige Streiche fortwährend, nur kommen sie nicht immer an's Tageslicht. In unserem herrlichen Deutschland wimmelt es eben von liberalen Spionen und Denuncianten.

Ob man mit Recht oder mit Unrecht den Kullmann an die Fuchschänke der clericalen Partei hängt, kann uns wenig kümmern, wir gönnen derselben den Kullmann auf alle Fälle herzlich; der Koniger aber wird immerdar an den Fuchschänken derer von Ehyel und Genossen hängen bleiben.

Würden wir vor die Alternative gestellt, wen wir wählen müßten, den Kullmann oder den Koniger, so würden wir den Kullmann wählen. Gut aber ist es, daß uns keiner von Beiden beschwert worden ist und beschwert werden kann; die Reinheit unserer Bestrebungen schützt uns vor solchen Patronen.

### Zur Lebensmittelfrage.

Berlin, den 29. Oktober.

Gestatten Sie mir zu dem der „Wage“ entnommenen Aufsatz des Herrn Dr. Mühlberger über die Lebensmittelfrage einige Bemerkungen.

Herr Dr. M. hat in seinem Aufsatz sehr treffend dargelegt, daß unsere Bourgeoisie — wie sie das ja in anderen Dingen auch gethan — gegenwärtig wohl einen gewaltigen Lärm über die Verfälschungen der Lebensmittel angeblasen hat, daß dieselbe aber weder willens, noch fähig ist, sich zu einer diesbezüglichen That aufzuraffen, und daß sie sich bald wieder über diese Angelegenheit beruhigen wird, wenn, mit Ausnahme von einigen ganz unbedeutenden Maßregeln, Alles beim Alten bleibt.

Es ist in der That schon sehr zweifelhaft, ob der vielfach gemachte Vorschlag, daß das Strafmaß für Lebensmittelverfälschungen verschärft werde, und daß die Namen aller rechtskräftig verurtheilten Fälscher von Amtswegen veröffentlicht werden, in den Kreisen der besitzenden Klassen allgemeine Zustimmung finden wird. Sie haben Angst, daß ihnen dann auch im Uebrigen zu sehr in die Karten gespielt werde. Die Leiter suchen deshalb bereits abzuweichen. Die Berliner fortschrittliche Correspon-

denz“ schreibt z. B.: „... Nicht bloß in sozialdemokratischen Kreisen, sondern auch in sonst nüchtern denkenden bürgerlichen Kreisen ist ein geradezu gefährlicher Drang eingerissen, dem Staat, d. h. der Staatsregierung, und der staatlichen Polizei auf allen möglichen Gebieten Pflichten über Pflichten aufzulegen und damit auch Rechte über Rechte zuzugestehen. Zu welchen Uebertreibungen diese Strömung führt, davon geben die Verhandlungen des „Deutschen Vereins für öffentliche Gesundheitspflege“ in Nürnberg über die Verfälschung des Bieres einen Beweis ab. Der Berliner Apotheker, welcher in Nürnberg in jedem Seidel Bier Gift der gefährlichsten Art wittert, kennzeichnet sich hinreichend durch das Verlangen, das Spritzen des Bieres absolut zu verbieten. Es giebt viele deutsche Städte mit reichem Bierconium — sogar Universitätsstädte —, wo jahrelang kaum ein Seidel ungespritztes Bier getrunken ist, und es giebt Tausende und Abertausende von Conumenten, die ungespritztes Bier nicht mögen, — auch wenn sie von besagtem Apotheker erfahren, daß alles Schaumspitzen „durchaus gesundheitsgefährlich“ sei. Freilich hat der Verein auf ein Reichsverbot der Bierspritze nicht respektiert, aber wenn durch das Reichsgesundheitsamt sämtliche deutsche Regierungen, von Preußen und Bayern bis Lippe-Schaumburg und Neuch-Greiz-Lobenstein herab, veranlaßt werden sollen, genau vorzuschreiben, welche Stoffe zum Bierbrauen und Bierverbessern genommen werden dürfen, ferner genaue Instruktionen zur Conservierung der Biere zu erlassen und keinen Bierhändler ohne Erlaubnis zu concessioniren, und Anstalten zur Heranbildung von Sachverständigen zur Bieruntersuchung zu errichten und Programme über den Gang solcher Untersuchungen zu verassen, — so geht das denn doch entschieden zu weit.“

Wenn nun Herr Dr. Mühlberger den zu gründenden „Vereinen gegen Verfälschung von Lebensmitteln“ — wohl einsehend, daß die Kontrolle und Untersuchung der Lebensmittel allein keinen genügenden Schutz gegen Verfälschungen derselben bietet — vorschlägt, daß von Seiten der Gemeinden Produktionsgenossenschaften zur Versorgung mit guten Lebensmitteln in's Leben gerufen werden und damit Hand in Hand eine Statistik und Kontrolle der Gemeindebedürfnisse durchgeführt werde, „welche alle Dunkelheit, alles Vertuschen, alles Heimlichhalten aus diesen Untersuchungen verbannt“, so ist ja dieser Vorschlag so überflüssig, daß es gar nicht zu bezweifeln ist, daß, wenn derselbe verwirklicht wird, damit allmählich allen Verfälschungen und Betrügereien der Boden entzogen wird.

Der Vorschlag hat bloß die Schwäche, daß er unter den heutigen Nachhabern in Staat und Gemeinde noch ganz andern Widerspruch finden würde, als die oben erwähnten Nürnberger Beschlüsse; daß er überhaupt gar keine Aussicht auf Durchföhrung im neuen deutschen Reiche hat. Unsere leitenden Bourgeoisie wissen viel zu gut, daß mit der Durchführung solcher Vorschläge sie sich selbst den Lebensfaden abschneiden würden. Sie wissen, es würde nicht ausbleiben, daß mit dem Fallen der einen Ausbeutungsform auch die anderen Formen unsicher würden.

Sie ziehen es daher vor, lieber einige unschuldige Phrasen und Sophistereien zum Besten zu geben und dann Alles beim Alten zu lassen. Sind wir Sozialisten aber einmal an's Ruder gelangt — was meiner Meinung nach allerdings erst nach einem längeren Kampfe geschehen wird — so werden wir uns mit solchen bescheidenen und sanften Maßregeln nicht erst aufhalten.

Wir werden z. B. gleich diejenigen Nahrungsmittel in's Auge fassen, deren Verfälschungen der Menschheit zehn Mal mehr schaden, als alle Bier- und Weinpanascher zusammen, nämlich Luft und Wasser.

Um nämlich die Beschaffung wirklich gesunder Wohnungen für Alle zu ermöglichen, werden wir, abgesehen von anderen Gründen, den ganzen Grund und Boden zu Gemeintheigenthum machen, eine Maßregel, die auf dem allmählich vorwärtsschreitenden Wege des Hrn. Dr. M. eben nicht Aussicht hat durchgeführt zu werden.

Daß wir dann auf dem mit einem Schlage geschaffenen gemeinsamen Grund und Boden mit Bechtigkeit auch Gemeindegemeinschaften, Gemeindebüchereien etc. errichten können und werden, versteht sich von selbst. Ebenso ist klar, daß, wenn auch die Verkehrsmittel in Gemeinbesitz übergegangen sind, dann eine wirklich zuverlässige Statistik der Gemeindebedürfnisse aufgestellt werden kann, und kein Heimlichhalten und Vertuschen in Bezug auf den Umfang derselben mehr möglich ist.

Es verhält sich mit dem Vorschlag des Herrn Dr. M. ähnlich wie mit dem der Staatsapotheken. Dieselben würden gewiß vor den heutigen Privatapotheken mehrere entschiedene Vorzüge haben. Sie haben nur unter den heutigen Nachhabern keine Aussicht auf Einführung. Wenn wir Sozialisten aber erst zur Macht gelangt sein werden, werden wir dafür sorgen, daß die Menschen kein Bedürfnis mehr nach den Plasterkasten haben, daß sie sich ihre Gesundheit durch vernünftige Einrichtungen erhalten und nicht die zweifelhaften und trügerische Hilfe der Apotheken brauchen. Auch die Wohnungsmisere wäre, wenn die Vorschläge dieser Art Aussicht und Möglichkeit auf Durchführung im heutigen Staat hätten, längst beseitigt; denn an der Güte der diesbezüglichen Vorschläge hat es nicht gefehlt.

Ich meine deshalb, es ist besser, wir tragen uns nicht erst mit Plänen, die bei dem Charakter unserer heutigen leitenden Kreise doch gar keine Aussicht auf Durchführung haben, an deren Stelle aber der zur Herrschaft gelangte Sozialismus weit wirksamere und sicherere Maßregeln zur Ausführung bringen wird. Geschieht schon heute etwas zur Verhütung der Nahrungsmittelverfälschung, so soll es uns lieb sein; wir selbst werden die Fälschungen, wo wir können, aufdecken, denselben entgegenzutreten und

sie zu verhüten suchen, ebenso wie wir schon heut auf den Schutz der Arbeiter in Fabriken etc. bedacht sind.

Wir wollen uns aber nicht einreden, daß die heutige Gemeinde und der heutige Staat der Boden sei, aus dem ein gesunder Zustand unserer Lebensverhältnisse allmählich entspringen könne. Denn die heutige Gemeinde und der heutige Staat sind und bleiben im Großen und Ganzen in Bourgeois Händen, und diese werden gegen jede ernsthafte Bedrohung ihrer Monopole entschieden Front machen. Der allein sichere, wenn auch vielleicht mühsamere Weg zur Besserung bleibt die sozialistische Agitation. S. Vogel.

### Aus Großbritannien.

Edinburgh, 26. Oktober 1877.

Sieben durchfliegt der erschütternde Bericht eines gräßlichen Grubenunglücks die Stadt: In einem der Kohlenkichte in High Blantyre (südlich von Glasgow) sind durch Feuerdampf 220 Arbeiter getödtet worden. Man hatte die Leute in dem Schachte (der sehr gut ventilirt gewesen sein soll), mit offenen Lichtern arbeiten lassen. Nun hatten sich aber in den anstehenden, längst ausgebeuteten und verlassenem Abzweigungen Gase gesammelt, welche durch das plötzliche Sinken der Erde eines derselben (man hatte die Stüppfeiler bei Verlassen der Schachte weggenommen) gleichsam wie durch das Zusammendrücken eines Masebalges in den Schacht getrieben wurden, wo die Leute mit unbeschützten Lichtern Kohle schürften. Von allen in dem Schachte Anwesenden konnten bis jetzt bloß 14 gerettet werden. Alle übrigen, zu deren Leichen man bis jetzt noch nicht vordringen konnte, werden als getödtet angenommen. Man wird, wie gewöhnlich, eine Nationalsubscription einleiten, um den unglücklichen Müttern und Kindern den Verlust ihrer Gatten und Väter zu vermindern. Den Anstoß zu einer gründlicheren Ueberwachung und Grubengesetzgebung dürfte es kaum geben, da das Publikum hier schon an dergleichen Gräßlichkeiten gewöhnt ist und das Parlament aus seiner lethargie nur aufgerüttelt werden konnte, wenn sich wieder einer fände, der die dort verarmelten Herren als Schufte titulirte, wie es Blimmsoll für die Kohlengräber wird gesucht! — Herr Macdonald, der jetzige Vertreter derselben, ist seiner Aufgabe nicht gewachsen. —

Der 10. Jahrescongrès der englischen Gewerkschaften hat verfloffenen Monat in Leicester stattgefunden. Anwesend waren 121 Delegirte, welche 98 Trades-Unions mit zusammen 471,967 Mitgliedern vertraten. Die Verhandlungen boten keine neue, bemerkenswerthe Erscheinung und waren nach dem Urtheile der „Times“ (welches der „Industrial Review“ mit sichtlichiger Benugthung in Italics nachdruckt) „im Allgemeinen gemäßig im Ton und durchaus frei von Bitterkeit gegen die Arbeitgeber und Invektiven gegen die Gesellschaft.“ Hauptgegenstand der Verhandlungen bildete die „Hauptpflicht der Arbeitgeber für Verletzungen ihrer Bediensteten“, über welches Thema Herr Macdonald M. P.) einen Vortrag hielt. Herr Macdonald scheint mit der Zahl der gegenwärtig in Bergwerken Getödteten ziemlich zufrieden zu sein, denn er erzählt uns, daß im Jahre 1850, wo nur halb so viele Arbeiter wie heute in den Gruben Englands beschäftigt waren, die Zahl der Verbrannten und Erschlagenen nicht weniger als 1000 betrug. Er versprach, diesmal ohne Rücksicht auf die Regierungsvorlage seinen Gesetzentwurf über diesen Gegenstand sofort nach Zusammentritt des Parlaments vor das Haus und zur Abstimmung zu bringen und sollten ihn auch nicht mehr als 5 Mitglieder dabei unterstützen. Wir wollen's abwarten. —

Auf Antrag G. Potter's (des Herausgebers des „Industrial Review“) wurde sodann eine Resolution angenommen, welche consensu Weise in einem Athemzuge den im Parlamente gemachten Fortschritt in der Hauptpflichtfrage gutheißt, und den Bericht der von derselben Körperschaft ernannten Untersuchungscommission als „durchaus unzureichend zur Würdigung der Frage“ bezeichnet.

Eine Resolution, die den von der Regierung zum Schlusse der letzten Session im Parlamente eingebrachten Gesetzentwurf zur Anwendung der Fabriksgesetze gutheißt und die Regierung auffordert, bei den in besagter Bill niedergelegten Grundsätzen auszuweichen, rief eine längere Discussion hervor, in welcher die anwesenden weiblichen Delegirten wie gewöhnlich sich gegen jede zwangsweise Einschränkung der Frauenarbeit verwehrten. Die Resolution wurde jedoch schließlich angenommen.

Ferner beauftragte der Congrès das parlamentarische Comité, sofort nach Durchbringung des amendirten Fabriksgesetzes die Regierung auf die unzureichende Anzahl der Fabriksinspektoren aufmerksam zu machen und auf deren Vermehrung durch tüchtige Unterinspektoren zu dringen.

Wenn das parlamentarische Comité in dieser Frage Erfolg haben will, muß es schon sehr stark auf die Regierung pressen, denn es geht das vielfach beglaubigte Gerücht, daß der Minister des Innern, Herr Croft, die Absicht habe, die Stelle des eben zurücktretenden Sub-Inpektors Frazer nicht neu zu besetzen, sondern vorläufig die Arbeit, die für ein halbes Duzend tüchtiger Leute zu viel wäre, durch Hrn. Readrave (Ober-Inspektor) allein besorgen zu lassen. Möglich, daß das eben stattgefunden Grubenunglück in High Blantyre den Trades-Unionisten auch in dieser Frage (wie in der der Hauptpflicht) zu Hilfe kommt und Herr Croft durch geschickte Benutzung der Thatfachen veranlaßt werden kann, nicht nur die leer werdende Unterinspektorstelle a. zu füllen, sondern noch eine beträchtliche Verstärkungsmannschaft anzustellen.

\* M. P. Abkürzung im Englischen für Member of Parliament (Parlamentariermitglied).

Von Herrn Dr. Travis, dem alten treuen Anhänger der Owen'schen Schule, wurden dem Congreß 150 Exemplare seiner Broschüre: „Manual of Social Science“ zur Verteilung an die Delegierten und Reporter zugesendet. In diesem kleinen Handbuch gibt Dr. Travis eine kurze und klare Darstellung über Grundsätze Robert Owen's und sucht den Trades Unionisten klar zu machen, daß nur durch eine radikale Umgestaltung der Gesellschaft auf Grundlage des Prinzips, daß der Mensch das Produkt seiner Verhältnisse ist und daher nur durch allgemeine geistigen und materiellen Wohlstand allgemeine Glückseligkeit und allgemeiner Fortschritt hervorgerufen werden kann, eine Beseitigung des Klassenwells und der Massenunwissenheit zu erwarten ist. Wie das an den vorjährigen Congreß gelebte Buch: „Edoatual Reform“ („Wirksame Reform“) des Dr. Travis wurde auch die oben bezeichnete Broschüre mit Dank angenommen. Praktischen Erfolg haben diese Schriften bisher leider nicht gehabt, da die Gewerkschaftler den Lehren des Sozialismus in jeder Form aus dem Wege gehen, wie dem Scharlachfieber.

In einer gelegentlich des Congresses in Leicester unter dem Vorsitz des Bürgermeisters stattgefundenen Massenversammlung der Gewerkschaftler wurde eine Resolution angenommen des Inhalts, daß die Anwesenden, überzeugt von der Macht der Trades Unions, „den Arbeitern einen gerechten Anteil an dem Produkte ihrer Erzeugungs-Thätigkeit zu verschaffen“ („a fair share in the product of their labour“) dahin trachten wollen, ihre gewerkschaftlichen Organisationen zu verstärken.

Wie letztes Jahr wurden auch heuer Resolutionen gefaßt zu Gunsten der Ausdehnung der Embloyer and Workmen Act („Arbeitgeber- und Arbeiter-Akte“) auf die Seelente in britischen Gewässern; der Amendierung der Patent-Gesetze; der Abschaffung des Schulgefängnisses für kleinere Beträge (unter 50 Pfd. St. = 1000 Mark); der staatlichen Prüfung von Maschinenheijern; der Abschaffung des Sweating-Systems bei Kleidermachern und Schuhmachern (durch Einbeziehung aller Wohnungen, in denen industrielle Arbeit verrichtet wird, in die Kontrolle der Fabriksinspektoren) und zu Gunsten freundschaftlicher Beziehungen mit den cooperativen Genossenschaften des Königreichs.

Dem parlamentarischen Comité wurde aufgetragen, dahin zu wirken, daß die industrielle Arbeit in öffentlichen Besserungsanstalten besser kontrolliert werde zur Verhütung der Konkurrenz, welche durch diese wohlfeile Produktion den freien Arbeitern bereitet wird.

In Bezug auf die Vertretung der Arbeiter im Gesetzgebenden Körper ist ein Fortschritt unter den Gewerkschaftlern zu verzeichnen. Sie haben nämlich heuer eine Resolution zugestimmt, welche ausspricht, daß das Prinzip des „manhood suffrage“ (Stimm- und Wahlberechtigung jedes Bürgers mit eintretender Mannbarkeit) als Grundlage der Volksvertretung wünschens- und erstrebenswerth erscheine.

Die Frage der „Coontry franchise“ (Assimilation des Stimmrechts der Land- von dem der Stadtbezirke) scheint übrigens ins Rollen zu kommen. Vielleicht wird, da in den jüngsten Tagen selbst Herr Gladstone für diese Maßregel eingestanden ist, aus bloßer Antipathie gegen die Liberalen die Sache von dem conservativen Ministerium aufgenommen und behandelt. Jedenfalls dürfte Herr Trevelyan nächste Session bei Eindringung seines diesbezüglichen Antrages kaum auf ernstliche Opposition stoßen.

Zwei Aufschriften vom Auslande, die eine vom Sozialisten-Congreß in Gent, betreffend die universelle Organisation der Gewerkschaften und die zweite von dem Centralrathe der Hirsch-Dunker'schen Gewerksvereine in Berlin in den schmeichlichsten Ausdrücken eine gegenseitige Beschädigung der deutschen und englischen Congresse durch Delegierte ansuchend, werden auf Antrag Turner's (Sheffield) — ins Protokoll eingetragen. Und noch dazu nebeneinander. Wenn die Herren Briten übrigens „never, never, never Slaves“ („niemals, niemals, niemals Sklaven“) zu sein die lobenswerthe Absicht haben, so dürften ihnen die Ereignisse auf ihrem Arbeitsmarkt bald begreiflich machen, daß sie auch mit den Arbeitern anderer Länder Fühlung und Einvernehmen zu halten haben. Der Zimmererstreik in Manchester und der Steinmetzstreik in London geben in dieser Beziehung bereits die ersten Aktionen. An beiden Orten hat man deutsche, italienische und amerikanische „Hände“ importiert. Wenn alle diese Leute thäten wie die erste Einfuhr Deutscher, welche wieder umkehrte und heimging — all right! — Allein es könnte auch der Fall sein, daß die nächsten Hundert bleiben, wenn nicht in London, so anderswo. In dunkler Voraussicht

solcher Möglichkeit ruft der Leitartikler des „Industrial Review“ vom 13. d.: . . . . . „Aber, wenn derselbe Kniff angewendet werden sollte von allen Arbeitgebern das Land hindurch und in allen Geschäftszweigen, wenn je der Arbeiter es wagen sollten, einer auf sie geübten Preßion Widerstand zu leisten, dann wird es für die englischen Arbeiter notwendig sein, offen zu den Arbeitern von ganz Europa zu sprechen und sie zu fragen, ob sie den englischen Kapitalisten helfen wollen, englische Arbeiter niederzutreten, indem sie ihre respektiven Heimathstätten verlassen und über das Wasser kommen, um das Brod aus dem Munde der Engländer, ihrer Weiber und Kinder zu nehmen!“

Wenn der Schreiber meint, daß in Folge eines solchen englischen Appells, und sei er noch so pathetisch, sich die Bewegung des europäischen oder besser Weltarbeitsmarkts zum Stillstand bringen ließe, so irrt er allerdings gewaltig. Dazu gehört einmüthige Organisationsarbeit und sozialistische Propaganda unter den „Händen“ aller Länder und Nationen, allerdings mit dem Hauptziel, dem „Händehandel“ durch Gemeinbesitz der Produktionsinstrumente ein Ende zu bereiten. Diese Wahrheit den englischen Arbeitern zu demonstrieren vermag vorläufig keine theoretische Abhandlung; das müssen wir der mächtigeren Logik der Thatfachen überlassen.

Der Congreß wurde auch durch zwei Vorträge von Herrn Thomas Brassey, M. P. beehrt. Herr Brassey sprach über „Work and Wages“ und „Labour at home and abroad.“ — („Arbeit und Lohn“ und „Arbeit daheim und im Auslande.“) — Er suchte in sehr „arbeiterfreundlicher“ Weise die Vorwürfe, die man den Trades-Unionisten macht in Bezug auf die angebliche Verminderung der Produktion zu entkräften. Die Löhne seien in England höher als anderswo, dafür aber sei auch die Arbeit eines englischen Handwerkers ausgiebiger u. s. f. Herr Brassey ist eben einer von denjenigen Bourgeois, welche begreifen, was der englische „Trades-Unionism“ der modernen Gesellschaft für Dienste leistet, indem er ihr den Arbeitsmarkt regulirt; durch Aufrechterhaltung eines gewissen Lohnuminimums die Arbeiter als Klasse conservativ macht gegen das „Lumpenproletariat“, welches „gar nichts hat“ und sich trotzdem nicht gerne begraben lassen, sondern lieber revoltiren möchte; durch Versorgung von Arbeitslosen und Invaliden, die sonst den ganzen Gemeinden zur Last fallen würden u. s. w. — Herr Brassey erntete reichlichen Beifall von den Delegirten, den er auch von solchen Männern verdient.

Der nächste Congreß wird im September 1878 in Bristol abgehalten werden. A. Sch.

### Sozialpolitische Uebersicht.

— Bekenntnisse eines Fortschrittlers. Am 29. Oktober hielt Professor Birchow, der in der letzten Zeit viel von sich reden machte seiner Reaktionsgelüste auf dem Gebiete der Wissenschaft wegen, in der Generalversammlung des fortschrittlichen Berliner Reichstagswahlkreises einen Vortrag, der eine Anzahl interessanter Geständnisse in sich barg. Gleich zu Anfang seiner Rede meinte Birchow: „Die Aufgabe des Vereins ist vorzugsweise die, Verständigung, Belehrung, Ueberzeugung in Bezug auf unsere Partei und deren Ziele herbeizuführen und zu verbreiten. Das ist heutzutage eine schwierige Aufgabe, weil ohne unsere Schuld die Verhältnisse sich immer mehr verwirren und unsere Aussichten immer schwächer werden.“ — Man sieht, der brave Fortschrittler macht es sich sehr leicht, wenn er alle Schuld von der Fortschrittspartei abladet — wir hingegen sind nicht so freundlich, diese Reinigung gelten zu lassen. Gerade die Fortschrittspartei hat durch ihr ewiges Faktiren und Compromittiren, dann durch ihren giftigen Haß gegen die weiter links stehende Sozialdemokratie das Freiheitsgefühl und das Rechtsbewußtsein des Volks beract erschüttert, daß unsere, die sozialistische Partei große Mühe hat, dem Hasse den ausgeschlagenen Boden wieder einzusetzen. Das mochte Professor Birchow auch wohl fühlen, als er der Sozialdemokratie gedachte; er sah die Verworfenheit seiner eigenen Partei, er wurde wärmer und auch etwas gerechter gegen uns; loslösen von der Fortschrittspartei konnte und mochte der Professor sich nicht, aber er deutete, wenn auch widerstrebend, an, daß nicht ihr, sondern der Sozialdemokratie die Zukunft gehöre, indem er folgende Ausführungen machte:

„Das persönliche Eigenthum, die Familie, die Jeder als die seinige haben sollte, erkennen wir an; ja, die hierin sich verwirklichende individuelle Freiheit gilt uns als das höchste

Gut insbesondere des deutschen Volkes. Auch in den religiösen Kämpfen ist dies unser Ziel gewesen, die individuelle Freiheit innerhalb der im Interesse des Gesamtwohls nötigen Schranken zu fördern und zu sichern. Es ist stark angebrückt, aber nicht unwahr, wenn wir behaupten: diesen echt deutschen Charakter will die sozialdemokratische Bewegung vernichten. International müssen wir werden, sagt man; darum müssen wir die jetzige soziale national-egoistische Welt umwerfen. Aber — trotzdem haben die Sozialdemokraten Anspruch darauf, angehört und beachtet zu werden. Ja, wir müssen ihnen zugeben, daß im Laufe der Zeit die Schranken zwischen den Völkern sich mildern, in mancher Beziehung wohl auch schwinden, daß die Völker durch Verträge ihrem Nationalwillen Schranken gesetzt, daß sie ein internationales Recht anerkannt haben. Und es ist wohl möglich, daß in dieser Richtung noch Vieles möglich werden wird, was wir heute noch für unwahrscheinlich halten. In früherer Zeit würde ein vornehmer Herr es gewiß für unverträglich mit seiner sozialen Stellung gehalten haben, in Gesellschaft von ihm ganz unbekanntem Menschen in einem Wagen, wie das heutzutage auf der Eisenbahn geschieht, eine Reise nach Paris zu machen. Wir finden heute kein Bedenken mehr, unsere Kinder in die öffentlichen Schulen zu schicken, unbekümmert darum, welcher Leute Kinder noch neben ihnen auf einer Bank sitzen. Wer weiß, was dieser Gang der Dinge noch weiter mit sich bringen, inwieweit er Gemeinschaft herbeiführen, wo solche jetzt noch nicht da ist, welche Formen des gesellschaftlichen Lebens er noch gestalten wird! Diesem in der Entwicklung der Menschheit unverkennbaren kommunistischen Zuge werden wir nicht entgegenarbeiten wollen; aber ebenso wenig werden wir das mit Gewalt herbeiführen wollen, was der Gang der Entwicklung naturgemäß und allmählich durch sich selbst herbeiführt. Wir wollen — Reform und erwarten nur von ihr Gutes; die Sozialdemokraten wollen — Revolution und meinen, daß nur sie das Gute herbeiführen kann. Die Sozialdemokratie will nicht warten; sie will sofort genießen. Wer von uns hätte nicht auch Wünsche, deren Verwirklichung viel zu seinem Lebensglück beitragen würde! Aber wir beneiden und hassen diejenigen nicht, die durch die Verhältnisse besser situiert sind als wir. Wir streben aber darnach, daß Alle theilhaftig werden der Mittel, ohne welche keiner zu dem wahren menschlichen Lebensglück gelangen kann.“ —

Daß Birchow uns die gewaltsame Revolution um jeden Preis in die Schuhe schieben will, ist recht ungezogen von ihm, da er als wissenschaftlicher Mann die Ursachen der gewaltsamen Revolutionen gewiß ganz wo anders gefunden haben wird, als in einer voranstrebenden Partei; daß wir diejenigen weder beneiden noch hassen, deren Verhältnisse besser sind als die unferigen, haben wir oft betont — wir bekämpfen nicht den einzelnen Menschen, wie es die wirtschaftlichen Verhältnisse der Jetztzeit eigentlich als selbstverständlich erachten und es demgemäß auch von den Anhängern solcher Verhältnisse im bitteren Konkurrenzkampf bis auf's Hemd ausziehen geschieht, wir bekämpfen nur die Systeme der Ausbeutung und der Ungleichheit.

Daß wir nicht „warten wollen“ — dies ist ein hohes Lob, wir haben eben die Nachtmühle und den Schlafrock längst abgesetzt und ausgezogen, was einem deutschen Professor allerdings recht sonderbar vorkommen mag.

Im Uebrigen aber athmet der von uns angeführte Birchow'sche Redergeruch soviel Naivetät und dabei so großes Entgegenkommen gegen die Sozialdemokratie, daß wir die wenigen abspredhenden Urtheile gern mit in den Kauf nehmen können.

Die fortschrittliche Wählererschaft wird dem Herrn Birchow für seinen halb sozialistischen Vortrag gewiß nicht dankbar sein.

In dem Schluffsatze seiner Rede aber erklärt Birchow ausdrücklich den Vankrott seiner Partei, indem er sagt:

„Aus unserem Streben und Wirken wird sich weder für unser Staatswesen noch für andere Völker eine Schädigung ergeben.“

Das glauben wir — aber auch kein Nutzen!

Keine Schädigung — kein Nutzen, also höchst überflüssig, das hat Birchow auch wohl gemeint, der die todte Fortschrittspartei in farblosiger Laune sezirt hat. Er wird nun auch wohl für ein anständiges Begräbniß sorgen.

— Aus Berlin erhalten wir folgende interessante Zuschrift: Sie brachten jüngsthin bereits eine kurze Mittheilung über

### Ein Stück Geschichte.

Censur (Verteidigungsschrift) in der Untersuchungssache wider Wander.

Vom Justizrath Kobe (d. 4. September 1845).

(Fortsetzung.)

In Deutschland war es nicht anders; Karl's des Fünften peinliche Gerichtsordnung kennt keine Strafen gegen tadelnde Rede, sondern nur im Artikel CX Strafen gegen schriftliche Schmähungen.

„Verrätherie“ Artikel CXXIV und „Aufruhr“ CXXVII können zwar durch Anfeuerung des Volkes in öffentlichen Reden herbeigeführt werden, aber nicht die Rede selbst, sondern die böse Absicht und der böse Erfolg waren strafbar. Auch in dem aus dem römischen gebildeten Gemeinen Recht ist die Rede in keiner Weise durch Strafen beschränkt, wie aus Weber's Schrift über Injurien und Weller's „Neuer Beitrag zur Lehre von den Injurien und der Pressfreiheit“ hinlänglich ersehen werden kann, wenn nicht ein besonderes verpöntes Verbrechen, als Injurie und Majestätsbeleidigung, damit begangen wird.

Auch in Preußen gab es vor dem Landrecht keine Gesetze gegen tadelnde Rede, wenn sie nicht etwa in die Kategorie der Injurie und Majestätsbeleidigung gehörte. Noch heute lebt im Volk ein Spruch, angeblich als Spruch des großen Königs:

„Redet was ihr wollt, nur gebt, was ihr sollt!“

Alle früheren verhängenen Maßregeln und Strafbestimmungen waren nur gegen Druckschriften gerichtet. So in den Censurdekret vom 11. Mai 1749, 28. September 1751 und 1. Juni 1772. Auch das spätere Censurdekret vom 19. Dezember 1788 mit seinen Nachträgen geht nur gegen Druckschriften.

So war es übrigens auch in ganz Deutschland.

Joseph's des II. Censurdekret von 1781 erlaubte Kritik sogar, namentlich gegen den Landesfürsten, und wollte sie nur dann verhindern wissen, wenn sie ihn und den Staat „gar zu anständig behandeln sollten.“ Was nun in Schriften erlaubt war, war noch mehr der von Mund zu Ohr beschränkten Rede erlaubt. Ich will hiermit bloß auf die Ansichten der Zeit hindeuten, in welcher das Landrecht abgefaßt wurde.

Wenn also die vorlandrechtliche Zeit in Deutschland, wie besonders in Preußen, Strafen gegen mündlichen Tadel der Regierung und ihrer Anordnungen im Allgemeinen gar nicht kannte, sondern nur gegen einige der dadurch hervorgebrachten

an sich schon strafbaren Wirkungen, als: Widerstand gegen die Obrigkeit, Aufruhr oder Beleidigungen des Landesherrn und seiner Familie, so sehen wir im Landrecht ganz dasselbe. Dazu kommt, daß es in § 39 bis 44 Krim.-Recht ja auch den Conat (Versuch) bestraft, mithin auch Conat zum Aufruhr, wenn er durch mündliche Reden unternommen wird. Es bestraft in § 199 und 200 boshafte und die Ehrfurcht verletzende mündliche und schriftliche Aeußerungen über die Handlungen des Landesherrn, womit, da unter den Handlungen des Landesherrn auch jene gesetzgeberischen sind, nicht minder der mündliche Tadel der Gesetzgebung betroffen wird. Diese Strafbestimmungen sind zur Verhinderung strafbaren mündlichen Tadelns gegen die Gesetze und Anordnungen des Staats auch völlig ausreichend, weshalb die Gesetze § 149 ff. zu anderen Behufen gegeben sein müssen. Sie sind gegeben zur Aufrechterhaltung der innern Ruhe und Sicherheit des Staats; und von diesem Gesichtspunkte aus kann § 151 nur gegen den durch die Presse vervielfältigten geschriebenen Tadel gerichtet sein. Es liegt in der Natur der mündlichen Mittheilung, in der Begrenzung der menschlichen Stimme und des Hörvermögens, daß sie gleichzeitig immer nur an Wenige gemacht werden kann. Mündlicher Tadel der Gesetze kann also immer nur bei Wenigen Mißvergnügen erzeugen, was für die innere Sicherheit und Ruhe des Staats in Wahrheit ungefährlich ist. Der Uebergang des Mißvergnügens in Handlungen als in Aufruhr, Tumult und Widersetzlichkeit ist aber genugsam verpönt. In Schriften dagegen, in binnen kurzer Zeit zu 50 Tausenden von Abdrücken zu vervielfältigenden, und binnen verhältnismäßig ebenso kurzer Zeit über den ganzen Staat zu verbreitenden Schriften, ist der Angriff auf die gesetzliche Ordnung des Staats allerdings gefährlich; denn es kann dadurch in Wahrheit ein Mißvergnügen der Staatsbürger aller Orten zugleich und in Masse gegen die Regierung erzeugt werden. Ein dadurch erzeugter, wenn auch noch verborgener Zwiespalt zwischen Bürger und Regierung kann sogar nicht bloß der innern Ruhe des Staats, sondern selbst seiner äußeren Sicherheit gefährlich werden.

Nur ein solches Mißvergnügen der Bürger in Masse und nichts Geringeres kann in § 151 gemeint sein. Um einzelne Mißvergnüge kann sich der Staat nicht bekümmern, sonst würde er allen Anträgen von Gemeinden, Ständen, Räten, Religionsparteien, jeberzeit willfährig müssen. Aber sie sind für die innere Ruhe und Sicherheit des Staats ungefährlich, weil sie in Rücksicht auf die übrige zufriedene Masse der Staatsbürger nicht in Betracht kommen und gleichsam verschwinden. Sie sind

aber zu bändigen, und es kommt nur darauf an, zu verhindern, daß ihr Mißvergnügen in ungelegliche Thaten übergeht. Das Mißvergnügen der Bürger in Masse kann nun wohl durch Schriften rasch und gleichzeitig, niemals aber durch mündliche Rede über den ganzen Staat verbreitet werden. Die Verbreitung einer der Ruhe und Sicherheit des Staats gefährlichen Unzufriedenheit durch bloße Rede ist bei der Ausdehnung des Staats und bei der Zeit, welche zur Herbeiführung eines wirklich gefährlichen, d. i. weit ausgebreiteten Mißvergnügens erforderlich sein würde, kaum denkbar. Mindestens stehen der Tadel der Gesetze durch mündliche Rede und das Mißvergnügen der Staatsbürger in Masse so unabsehbar fern von einander, wie ein Eisenerzlager unter der Erde von einem mordenden Schwert. In diesem ungeheuren Zwischenraum liegen noch so viele zur Erzeugung der vom Gesetz erforderten Wirkung notwendige, von dem Zufall wie von der Uebereinstimmung des bösen Willens vieler abhängige Erfordernisse, daß der Gesetzgeber niemals daran gedacht haben kann, den ersten Anfang zu bestrafen. Voransichtlicher kann kein Gesetzgeber sein als Gott. Wenn er nach dieser Theorie gehandelt hätte, so würde er die Menschen stumm geschaffen haben, damit nie eine Blasphemie aus ihrem Munde gehen könnte.

Genug, es ist nicht wahrscheinlich, daß das Gesetz in § 151 mündliche Aeußerungen hat verpönt wollen. Indeh der Wortlaut ist gegen mich und ich werde auf das Gesetz näher eingehen müssen.

Das Gesetz fordert zur Anwendung einer Strafe zweierlei, nämlich erstens eine die Grenzen des Gesetzes überschreitende absichtliche Handlung, zweitens eine die innere Ruhe und Sicherheit des Staats gefährdende Wirkung. Wirkung und Mittel müssen beide zur Strafanwendung zugleich vorhanden sein. Die Anwendung des Mittels allein, wie die ohne dies Mittel hervorbrachte Wirkung allein, sind, einzeln und jede für sich, nicht strafbar. Ich weiß sehr wohl, daß man aus dem Censurdekret vom 8. Oktober 1819 Artikel XVI No. 2 die Strafbarkeit schon der bloßen Aeußerung, auch wenn sie ohne alle Wirkung geblieben ist, herleiten will. Indeh ist diese Ansicht nicht begründet. Man darf erstens nur beachten, daß dieses Censurgesetz selbst den in § 151 gebrauchten Ausdruck „veranlassen“ ganz so auffaßt, wie er sprachgemäß gefaßt werden muß, nämlich als den Beginn einer Wirksamkeit bezeichnend. Heißt nun im eigenen Sinn des Gesetzgebers „veranlassen“ den Beginn einer bestimmten Wirkung hervorbringen, so bemerkte man

die hochsenatorische Scandal-Affaire der Frau Marie Zugendreich Hoffmann zu Berlin, in deren Hause halbrunde, zum allergrößten Theil bis dahin unbescholtene und anständige, soll wohl heißen vermögenden, Familien angehörige junge Mädchen einigen Schurken von reichen Wäfflingen, unter welchen Schurken sich notorisch sehr hochgestellte Personen befanden, preisgegeben wurden.

Frau Zugendreich drohte anfangs, wie die Blätter berichteten, sich an Se. Excellenz den Hrn. Minister Grafen von Eulenburg, offenbar in seiner Eigenschaft als oberster Chef der Polizei, zu wenden, der sie vor den Verfolgungen der letzteren beschützen sollte.

Zum Unglück der würdigen Matrone wollte es aber ein äußerst merkwürdiges Zufallspiel, daß gerade zur selben Zeit in Folge hochpolitischer Constellationen — Se. Excellenz soll nämlich plötzlich ein gar zu heftiger Vorwärtsstürmer geworden sein — die Zurückziehung Sr. Excellenz von der Leitung des Ministeriums des Innern erfolgte, welche jetzt in dem von Sr. Majestät dem König allergnädigst ertheilten sechsmonatlichen Urlaub ihren formellen Ausbruch gefunden hat. Die bekannten „sonst gut unterrichteten“ Blätter versichern allerdings, dieser Urlaub stehe mit der Politik in gar keiner Beziehung, sondern sei nur aus Gesundheitsrücksichten erfolgt. Se. Excellenz habe sich in letzter Zeit gar zu sehr angefreugt. Na, die müssen's ja wissen.

Aber wie dem auch sei — unserer Frau Zugendreich blieb unter solchen Umständen schließlich offenbar nichts anderes übrig, als auch ihresfalls Urlaub zu nehmen, den sie bekanntlich zu einem längeren Ausfluge nach England benutzt hat. Die königliche Staatsanwaltschaft, deren erster Beamter der unserer Lesern nicht ganz unbekannt gebliebene Herr Tessenborff ist, kam mit ihren Bemühungen, die lebenswürdige Dame in unserer Mitte zurückzubehalten, leider erst nach der Abreise.

Man kann sich leicht vorstellen, wie angenehm es Sr. Exc. sein wird — wenn er noch seiner Rückkehr in's Ministerium, an welcher wir keineswegs zweifeln, etwa davon vernehmen sollte — mit der unfauberen Affaire nicht behelligt worden zu sein. Denn bekanntermaßen ist Sr. Excellenz nichts verkappter, wie die Unmoralität und deshalb dürfte der Behauptung: Excellenz ist unter jenen wüthigen Schurken jeder Einzeln ein Gegenstand des tiefsten Abscheues, schwerlich Jemand zu widersprechen wagen, noch viel weniger aber sie widerlegen können.

Ist es ja auch gerade die Unmoralität ihrer Grundsätze, welche, wie das Se. Excellenz in der berühmten Reichstagsrede vom 26. Januar 1876 näher auszuführen beliebten, Sr. Exc. zu einem so entschiedenen Gegner der Sozialdemokratie gemacht hat, zu deren Bekämpfung Se. Excellenz selbst vor Flinten und Säbel nicht zurückzucken würden. Recht so! Schonungslos Kampf gegen jene elenden Wichte, die stets von sittlicher Enttötung überfließen, sich vor der Welt sittliche Missionen zuschreiben, in Wahrheit aber nur den abscheulichsten Lasten und Verbrechen huldigen! Das Brandmal der Niedertracht auf ihre freche Stirn! So soll es sein!

Das Traurige ist nur, daß wenn einer dieser Ehrenmänner abgethan wird, nur andere dafür wiederkommen. Halten wir aber fest an der Hoffnung, daß es dereinst anders wird — trotz alledem!

Der bekannte Sancho des edlen Mar von La Mancha, Herr Polke aus Berlin, hatte auf dem Geraer Congreß zur Aufbausehung der geringen Vertretung von Arbeitern auf demselben auch den Beitritt des St. Johann-Saarbrücker Knappenschaftsverbandes ins Feld geführt. Nach einer Erklärung des Knappenschafts-Directors, Berggrath Warthold aus Saarbrücken in der „St. Johanner Zeitung“ ist diese Mittheilung des Herrn Polke „durchaus unrichtig“. — Durch solche Erklärung wird die Geraer Handwurstde noch unbedeutender. Wir haben den „Congreß“ in unserem Leitartikel: „Anti-sozialistische Komödie“ also richtig gewürdigt.

Ueber Frankreich. In voriger Nummer haben wir das Resultat der Stichwahlen berichtet. Charakteristisch ist, daß in Chateau Chignon, wo Gambetta eine fulminante Rede für den republikanischen Kandidaten Gudin hielt, der Bonapartist Graf Epenilles mit 8256 gegen 7180 Stimmen gesiegt hat. — Grevy ist noch nicht nach Paris zurückgekehrt. Man glaubt, daß er für Paris die Wahl annehmen werde. Wenn er die Präsidenschaft der Kammer nicht annimmt, so wird die Linke Herrn zweitens, daß das Censuredikt nur eine Druckschreienur anordnet, also nur von gedrucktem Tadel der Besetze spricht, und als solches nur von diesem sprechen kann, daß mithin nur bei gedrucktem Tadel, trotz der Abwesenheit des wirklichen Beginns der Wirkung, schon die bloße Aeußerung zur Anwendung der Strafe des § 151 genügen soll, im Uebrigen aber das Gesetz (§ 151) ungedändert bleibt. Von mündlichen Aeußerungen spricht das Censuredikt nicht und kann nicht davon sprechen. Für mündliche Aeußerungen bleibt daher das Gesetz (§ 151) wie es ist, und erfordert zur Strafe nicht bloß die Anwendung des Mittels, sondern auch den Beginn der Wirkung.

(Fortsetzung folgt.)

Ein Schwindler. Aus Neapel wird geschrieben: In Florenz schwebt jetzt ein Betrugsprozeß gegen den Erverleger Joh. Will. Krüger aus Aueritz, der 1876 aus Leipzig entwich, nachdem er viele Schriftsteller, Restaurateure, Schneider, sowie auch den eigenen Compagnon auf das Schändlichste betrogen. In Italien verschaffte er sich unter dem Vorgeben, er sei Crapandini des Leipziger Schriftstellervereins, Chefredakteur des „Vierteljahrlichen Lexicons“, Mitverfasser des „Wissenschaftlichen Handbuchs“, Referendar a. D. etc., durch den Einfluß eines bekannten deutschen Schriftstellers einen Posten als Inspektorenagent mit 6000 Lire jährlich und seiner Frau (geb. Seydel) einen solchen mit 1200 Lire als Verkaufserlöse. Er behauptet unter Anderem, ein intimer Freund Bebel's, Liebknecht's etc. und „Sozialistenführer“ zu sein, giebt sich als Mitglied des freien Deutschen Hochschuls aus und ist dabei nicht im Stande, orthographisch zu schreiben. Jetzt, nachdem sich das Schwindelhafte in seinen Angaben herausgestellt, nachdem er auf seinen früheren Wohlthäter ein mörderisches Attentat verübt und festgestellt ist, daß er sich in Leipzig großartiger Unterschleife schuldig gemacht, hat die italienische Staatsanwaltschaft gegen ihn die Anklage erhoben. Seine Aburtheilung steht nahe bevor. Wie die Akten beweisen, betrog er seine Opfer (zu denen Verleger Sparrmann-Oberhausen, Schriftsteller Dr. Normann-Schumann, Dr. G. Raich etc. gehören) um ca. 100,000 Mark. Vielleicht benutzen einige der Geschädigten die Gelegenheit, ihre Ansprüche vor den italienischen Behörden geltend zu machen. Etwasige Anzeigen sind in deutscher Sprache an die Regia Procura in Neapel und Florenz zu richten. Ueber denselben gefährlichen Verbrecher haben „Neue Presse“, „Vierteljahrliche“, „Literar. Correspondenz“, „Berliner Union“ und viele andere Zeitungen bereits des Längeren berichtet. — Selbstverständlich ist Alles, was von Beziehungen des Krüger zu Sozialdemokraten und Sozialdemokratie gesagt ist, ganz aus der Luft gegriffen. Krüger ist ein gemeiner Betrüger, der auch Sozialisten zu betrügen suchte, und von Sozialisten in Leipzig zuerst entlarvt ward.

Lepère, einen Gefinnungsgegnen und Vertrauensmann Gambetta's, als Candidaten für dieselbe aufstellen. Noch kennt aber Niemand die Dispositionen des Herrn Grevy, sicherlich des passiven Parteiführers, den es noch je gegeben hat. — An diese Passivität des „großen“ Nachfolgers des „großen“ Thiers, des Mannes den Gambetta empfahlen, schließt sich die sehr glaubwürdige und sehr bezeichnende Nachricht, daß Mac Mahon sein reaktionäres Ministerium entlassen und ein neues Ministerium aus den Mitgliedern des linken und rechten Centrum bilden wolle. Armes Frankreich! Es ist ganz dasselbe, als ob in Deutschland an Eulenburg's Stelle Bennigsen, an Bismarck's Stelle Jordan bed träte. Armes Deutschland!

Ein großer Cigarrenarbeiterstreik, an welchem 10,000 Mann theilhaftig sind, ist in New-York ausgebrochen. Es ist selbstredend, daß es die dortigen Fabrikanten an Versuchen nicht fehlen lassen werden, Cigarrenarbeiter aus Deutschland nach New-York zu locken. Die deutschen Cigarrenarbeiter seien daher gewarnt, auf etwaige Engagementsanerbietungen nach Nordamerika einzugehen.

Unser verantwortlicher Redakteur Helzig ist abermals unter Anklage gestellt. Die Anklage ist erhoben wegen der in Nr. 108 und 111 enthaltenen Correspondenzen aus Rumänien und ist der Kläger kein anderer als der preussische Kriegsminister Kameke. Derselbe klagt merkwürdigerweise wegen Verleumdung des preussischen Kriegsministeriums. Nun ist aber in den betr. Correspondenzen nicht mit einem Wörtchen vom preussischen Kriegsministerium und von preussischen Soldaten die Rede gewesen, sondern von deutschen Reichstruppen und ditto Reichsregierung. Da es ein deutsches Kriegsministerium aber nicht giebt, so war Helzig wohl oder übel gezwungen, dem Herrn Kriegsminister Kameke das Recht abzustreiten, als Kläger aufzutreten. Wir sind begierig, wie das Gericht in der gestellten Kompetenzfrage entscheiden wird.

Dienstag den 20. Oktober fand in dem von uns schon erwähnten Prozeß wider die Genossen Rost und Baumann vor der 7. Deputation des Berliner Stadtgerichts die Urtheilsverkündung statt. In der am Sonnabend den 27. Oktober stattgefundenen Verhandlung hatte Herr Tessenborff gegen Rost beiläufig 2 Jahre, gegen Baumann 6 Monate Gefängniß beantragt. Das publizierte Urtheil lautete gegen Rost auf drei Monate, gegen Baumann auf Freisprechung. Für Rost ist nur die eine Anklage auf § 131 aus dem Artikel „Gewalt und Gesetz“ aufrecht erhalten, die übrigen Punkte aber freigegeben worden. — Rost wird die Appellation anmelden. Ueber die Prozeßverhandlungen werden wir in nächster Nummer berichten.

Unser Breslauer Parteiorgan, „Die Wahrheit“, ist jetzt in den Besitz einer eignen Druckerei gelangt, und befindet sich die erste Nummer (282) dieses modernen Blattes, welche in der Arbeiterdruckerei hergestellt worden ist, bereits in unseren Händen. Den schließlichen Genossen unsere Gratulation zu der neuen Errungenschaft.

## Correspondenzen.

Berlin, 29. Oktober. (Zum Prozeß Bebel.) Wir haben seiner Zeit das Urtheil erster Instanz in dem bekannten Berliner Prozeß gegen Bebel im Wortlaut zum Abdruck gebracht und ebenso bereits gemeldet, daß das Erkenntniß der ersten Instanz vom Kammergericht um 3 Monate reduziert, Bebel also zu sechs Monaten Gefängniß verurtheilt worden sei.

Ueber die Verhandlung in zweiter Instanz haben wir Folgendes zu berichten.

Die Sitzung begann Freitag, den 28. Oktober, kurz nach 12 Uhr. Nachdem auf Grund der Akten die Anklage und der bisherige Verlauf des Prozeßes vorgetragen worden, erhielt der Angeklagte, der keine Appellationsschrift eingereicht hatte, sofort das Wort zur Verteidigung. (Es sei bemerkt, daß der Rechtsanwalt Dr. Quenstedt, welcher die juristische Führung des Prozeßes übernommen hatte, weil er die Vertretung in anderen Terminen vorzog, nicht erschienen war.)

Bebel verteidigte sich in ungefähr einstündiger Rede, indem er das Urtheil der ersten Instanz Punkt für Punkt zu widerlegen versuchte. Er bestritt, daß der Fürst Bismarck durch die inkriminirten Stellen beleidigt sei. Es sei weder seine Absicht gewesen zu beleidigen, noch könne der Wortlaut der Stellen auf S. 8 und 9 und 78 seiner Broschüre als Beleidigung aufgefaßt werden. Es habe sich für ihn darum gehandelt, das feige und charakterlose Gebahren der Liberalen dem Reichskanzler gegenüber zu brandmarken. Für Letzteren liege insofern eine Anerkennung in diesen Stellen, als dargethan würde, wie er es zu Stande gebracht, die einstmals ihm gegnerisch Bekannten zu gefügigen Werkzeugen umzuwandeln. Wie die Liberalen selbst diese Rolle empfänden, gehe aus dem von ihm citirten Wort des Abg. Wamberger hervor: Hunde sind wir ja doch. Was die inkriminirten Stellen betreffe, welche sich auf die Rede des Fürsten Bismarck bezögen, die derselbe am 9. Februar 1876 bezüglich des § 130 gehalten, so müsse er zunächst darthun, wie er zu dieser Polemik, die eigentlich nicht in den Rahmen der Broschüre paßte, gekommen sei. Redner führt nun aus, wie an jenem Tage Fürst Bismarck sich in den heftigsten Anklagen und Beleidigungen gegen die sozialdemokratische Partei ergangen, wie dann der Reichstag ihm, dem Redner, das Wort abgelehnt und so jede Entgegnung und Verteidigung unmöglich gemacht habe. Die Rede Bismarck's sei von der gegnerischen Presse weiblich ausgebeutet worden und habe die weiteste Verbreitung gefunden, und so habe er die Verteidigung in der Broschüre für eine persönliche und eine Parteipflicht gehalten. Es sei nun allerdings ein eigenthümliches Verfahren, daß er für Worte, die er in berechtigter Verteidigung gebraucht und die nicht entfernt so hart seien, wie jene, deren Fürst Bismarck sich bedient, von letzterem verklagt werde, nachdem man ihm die Rechtfertigung und Zurückweisung im Reichstag unmöglich gemacht. Liegen die von ihm gebrauchten Ausdrücke die Deutung zu, daß er dem Reichskanzler den Vorwurf der Heuchelei machen wolle, so müsse er daran erinnern, daß Fürst Bismarck im Mai 1872 im Reichstage selbst zugestanden habe, daß er sich zur Erreichung seiner Zwecke zeitweilig der „politischen Heuchelei“ bediene. Noch weniger könne eine Beleidigung gefunden werden in der nur resuscitirten Wiedergabe der Beschuldigungen, welche Herr v. Dieß-Daber gegen den Reichskanzler in Umlauf gesetzt. Redner habe sich hier jedes Urtheils enthalten, er habe auch fest an die Wahrheit des Besagten geglaubt, da es von einem Manne ausgegangen, der Jahre lang intime Beziehungen zu dem Reichskanzler gehabt. Aus den Prozeßverhandlungen gegen Herrn v. Dieß-Daber und einigen andern Aktenstücken beweist der Angeklagte, wie diese Beschuldigungen schon seit etlichen Jahren in Courts gesetzt worden seien, ohne

daß der Reichskanzler dagegen eingeschritten sei. Den Schluß der Rede bildete eine scharfe Polemik gegen die Verurtheilung auf § 131, Verbreitung unwahrer Thatsachen wider besseres Wissen zur Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen. Die inkriminirten Stellen enthielten nur Urtheile, nicht Thatsachen. Die angeführten Thatsachen seien aber nicht bestritten worden; seien die Raisonnements, die er daran geknüpft, auch noch so verlegenden Charakters, so könnten sie dennoch nicht durch den § 131 getroffen werden. Er erwarte Freisprechung.

Nunmehr ergriff der Staatsanwalt Groschuff das Wort, um als Vertreter der Oberstaatsanwaltschaft für Aufrechterhaltung des Urtheils der ersten Instanz zu plaidiren, trotzdem er sich genöthigt sah, zuzugeben, daß nicht alle Sätze, auf welche der § 131 angewandt worden sei, Thatsachen enthielten. Er behauptete dies aber um so entschiedener von dem Satz, wo es heißt: daß das Dogma von der physischen Gewalt, der jede menschliche Rücksicht weichen müsse, gepredigt werde. Auch sucht er die Einwendungen des Angeklagten gegen die Bismarckbeleidigungen zu widerlegen und hält namentlich die Verbreitung der Dieß-Daber'schen Beschuldigungen gegen den Reichskanzler für strafbar, und beantragt darum einfache Bestätigung des erstinstanzlichen Urtheils.

Der Gerichtshof beschließt eine neue Beweisaufnahme bezüglich der durch § 131 betroffenen Stellen und läßt zu diesem Zwecke sieben Seiten der Broschüre wörtlich vorlesen.

Darauf nimmt der Angeklagte abermals das Wort, um sich gegen verschiedene staatsanwaltliche Auslassungen zu wenden und namentlich auch gegen die Auffassung des Urtheils erster Instanz, daß er im Falle seiner Verurtheilung schon in Rücksicht auf seine Vorbestrafungen härter zu bestrafen sei. Eine solche Praxis möge einem gemeinen Verbrecher gegenüber am Platze sein, aus dessen Verhalten man auf steigende Demoralisation schließen könne, und der darum auch in höherem Grade der öffentlichen Verachtung verfallt, nicht aber bei einem sogenannten politischen Verbrecher, der nur für die Verfechtung seiner Ueberzeugung leide und gerade deshalb selbst auf die Achtung seiner grimmigsten Gegner rechnen dürfe.

Nach einigen Wortgefechten zwischen dem Staatsanwalt und dem Angeklagten wird das Verhör kurz vor 2 Uhr geschlossen, und als nach ungefähr viertelstündiger Berathung der Gerichtshof zurückkehrt, verkündigt er, daß der Angeklagte von der Anklage wider § 131 freizusprechen, dagegen in allen anderen Fällen der Beleidigung des Reichskanzlers für schuldig zu erachten und demgemäß mit 6 Monaten Gefängniß zu bestrafen sei. Bebel wird die Haft im Laufe des November antreten.

Hamburg, 28. Oktober. In verfloßener Woche haben wir hier einen Akt kleinstaatlicher Wahlbewegung erlebt, an dem auch die Sozialdemokraten theilhaftig waren. Die halblichliche Erneuerung unserer „Bürgerchaft“ gab dazu den Anlaß. Daß wir, die Sozialdemokraten, bei diesen Wahlen nicht siegen würden, war Jedermann klar, denn ein beschränktes Wahlrecht, eine wunderliche Wahlkreis-Geometrie und die Neuheit der darauf basirten Agitation stellten uns unüberwindliche Hindernisse in den Weg. In sieben Bezirken von 24 theilhaftigen wir uns an der Agitation und erreichten im Ganzen 533 Stimmen, etwa den fünften Theil der in den sieben Bezirken abgegebenen. Abgesehen davon, daß wir die Gegner aus ihrer Vorrechts-Idylle aufschreckten, haben wir durch diese Wahlbetheiligung auch unsere eigenen Genossen auf die Wichtigkeit der kleinstaatlich kommunalen Angelegenheiten hingewiesen, haben wir den Stein „Wahlreform im Sinne des allgemeinen gleichen Wahlrechts“ in's Rollen gebracht. In Altona, Ottensen und Kiel findet diese Taktik Nachahmung. Die Altonaner und Ottenser Genossen agitierten jetzt unter dem Rufe „Erweiterung des kommunalen Wahlrechts“ und die Kieler fassen den Stier „communes Wahlrecht“, so wie er ist, morgen bei den Hörnern, indem sie direkt in den Wahlkampf eintreten.

Saarbrücken, 20. Oktober. Von hier ist über etwas zu berichten, was wohl wo anders noch nicht vorgekommen ist. Hier lesen wir fast jede Woche in den Zeitungen eine „Erklärung“ gegen uns, entweder von einem Geschäftsmann, Gastwirth oder Arbeiter ausgehend. Dem Stil nach zu urtheilen werden diese „Erklärungen“ alle von einer Hand angefertigt. Der Inhalt ist immer derselbe: „Ich gehörte früher der sozialdemokratischen Partei an, habe aber jetzt eingesehen, daß die Pläne derselben zum Umsturz aller göttlichen und menschlichen Ordnung führen, trete zurück und warne alle Arbeiter, an den Bestrebungen der Verführer theilzunehmen.“ Folgt der Name „Kotrännigen“ haben der Partei aber niemals angehört, wiewohl niemand einen Nadel für unsere Zwecke gesperrt. Aber wie werden diese „Erklärungen“ gemacht? Da entläßt man z. B. einen Arbeiter, von seinem Arbeitsvertrag konnte derselbe natürlich nicht so viel ersparen, daß er jetzt als Rentier leben kann. Im Gegentheil, der Arbeiter, wenn er keine Arbeit hat, und nicht betteln und stehlen will, muß sehen, wie er sich durch die Welt schleppt. Der Arbeiter sucht also Arbeit, findet aber keine; jede Thür ist ihm verschlossen; da kommt aber so ein kaltblütiger Jesuit, legt ihm einen Zettel vor und — entweder oder. Er unterschreibt und die „Erklärung“ ist fertig. In der Volksversammlung kann man die Leute zur Gegenrede auffordern soviel man will, keiner von ihnen rührt sich zur Widerlegung unserer Redner. In den Bahnhofswerkstätten hat man auf einem Plakat sechs Wirthe bezeichnet, bei denen die 300 Bahnhofsarbeiter bei Strafe der Entlassung nicht verkehren dürfen. In Omerscheid, einem Dorf hier in der Nähe, hat man einem Wirth die Concession entzogen, weil er die Sozialisten bewirthet hat. — Auf mich hat die Polizei jetzt besonders ihr Augenmerk gerichtet. Sie kann aber gegen mich nichts machen, da ich als Colporteur meinen Gewerbeschein in der Tasche habe. Manchmal erlauben sich die Herren aber gegen mich Artigkeiten, die alles andere verdienen, nur kein Lob. Kehre ich da neulich in Bohrbad in eine Wirthschaft ein, um zu logiren. Die Wirthin sagte mir Abends, die Polizei wäre dagewesen und hätte gesagt, es wäre besser für ihre Wirthschaft, wenn sie mich fortjagte. — Noch einige Worte über die Ultramontanen. Man sagt uns nach, daß wir die beste Organisation hätten. Von den Ultramontanen können wir aber doch noch lernen. Ich habe schon in der Nähe Braunshweigs, wo mehrere Dörfer von Katholiken bewohnt werden, mich gewundert, wie jeder, auch der ärmste Mann seine Zeitung las; auch hier liest ein jeder Katholik seine Zeitung. Vereine oder dergleichen haben die Schwärzen nicht, aber zahlreiche Abonnenten. Wenn die Pfaffen Geld brauchen, gehen sie herum bei ihren Abonnenten, dort bekommen sie es mit vollen Händen. Obgleich förmliche Erlaubniß brauchen die Leute dazu nicht, denn darum kümmert sich Niemand. Jedem sind die Zeitungen ungemein billig. Die Kirchen hier sind Sonntag immer sehr gefüllt. Und nach der Kirche da unterhalten sich die jungen lebenslustigen Kirchensucher statt über ihre traurige Lage wie die Arbeiter anderswo, über die Predigt des Pfaffen, der ihnen gesagt hat, wie die katholische Kirche verfolgt wird, und das alle bewirkt sind, dieselbe zu beschützen. Wir Sozialisten müssen es in diese Beziehung den Ultramontanen nachmachen. Kein Arbeiter, we-

nigstens kein sozialistischer, darf ohne Zeitung sein. Jedoch bin ich der Ansicht, daß es nicht gut ist, wenn immer neue Blätter gegründet werden.

S. Matthies.

St. Johann, 28. Oktober. Die hiesige „Volkzeitung“ enthält in ihrer Nummer vom 27. Oktober folgende Notiz: „Gestern wurde dahier bei dem Colporteur Franz Heinrich Matthies aus Budenstedt, der im Verdacht stand, mit Flugchriften strafwürdigen Inhalts hantiert zu haben, eine Hausdurchsuchung vorgenommen, und hat dieser Verdacht in vollem Maße bestätigt. Matthies ward in Folge dessen festgenommen. Dabei bemerkte er dem die Verhaftung vornehmenden Herrn Polizeikommissar Wirz, daß in einer der letzten Nummern des sozialdemokratischen „Vorwärts“ ein netter Artikel über sein Vorleben enthalten sei. Herr Wirz ließ sich die betreffende Nummer des Blattes, das ein hiesiger Cafetier (der, nebenbei bemerkt, sich aber nicht zu der Partei bekennet) hält, von diesem vorlegen und fand einen von Verleumdungen und Beleidigungen strotzenden, von Kettwitz datirten, mit dem Namen Pauly unterschriebenen Artikel. Dieser Pauly wollte, was absolut unwahr, in früheren Jahren mit Herrn W. im nämlichen Regiment gedient haben und daher mit den Privatverhältnissen desselben genau vertraut sein. Entweder liegt hier eine leichtfertige Personenverwechslung vor oder eine absichtliche Bosheit und Niederträchtigkeit. Herr Wirz hat bereits die Klage erhoben.“

Mit der Verhaftung unseres Genossen Matthies werden die Herren Sozialisten wohl kein Glück haben, denn sowohl schon seit langer Zeit im Buchhandel vertrieben und verkauft wurden. Wenn Matthies also auch über kurz oder lang wird freigelassen werden müssen, so haben die Gegner doch den Vertrieb sozialistischer Schriften für den Augenblick verhindert, und darum wird es ihnen wohl auch nur zu thun gewesen sein. Nicht ihnen aber alles nichts, der Sozialismus hat hier einmal festen Fuß gefaßt, und er wird sein und bleiben und wenn die Gegner vor Wuth auch bersten. — Ueber unsern „tugendhaften“ Polizeikommissar Wirz will ich vorläufig schweigen. Hat er wirklich gesagt, was ich noch bezweifle, so wird sich ja durch den Prozeß herausstellen, ob die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen über sein Vorleben auf Wahrheit beruhen oder nicht.

Leipzig, Dienstag den 30. Oktober tagte in Jacob's Saal hier selbst eine stark besuchte allgemeine Gewerkschaftsversammlung, welche sich mit der Centralblattfrage beschäftigte. Nach einer lebhaften Debatte, die durch ein Referat des Herrn Wille eingeleitet wurde, nahm die Versammlung folgende von Wille und Taute eingebrachte Resolution an: „In Anbetracht der hohen Bedeutung der Centralorganfrage beschließt die am heutigen Abend tagende allgemeine Gewerkschaftsversammlung von einer einzuberufenden Konferenz abzugehen, will aber die Vorschläge von A. Kapell als Grundfrage zu einem nächsten Jahr abzuhaltenden Gewerkschafts-Congress benutzt wissen und fordert die Vorstandsverwaltungen auf, diese Vorschläge in den Gewerkschaftsversammlungen diskutiren zu lassen und zur Urabstimmung zu bringen.“

Carl Stammer.

NB. Alle Arbeiterblätter werden ersucht, im Interesse der Sache Oberstehendes in Ihre Spalten aufzunehmen.

Jork, 27. Oktober. (Liberale Ansichten.) Gestern Abend fand hier eine öffentliche Versammlung, berufen vom hiesigen kaufmännischen und Gewerbeverein, statt, in welcher Herr Bankdirektor Hermes aus Guben einen Vortrag hielt über den Verfall unserer Industrie. Nach seinen Anschauungen sind die Sozialdemokraten vorzugweise an den Geschäftsnotungen schuld. Als ich den Herrn Direktor fragte, womit er denn diese lächerliche Behauptung begründen wollte, antwortete er, Hasenclever habe vor drei Jahren in Guben einen Vortrag gehalten und u. A. wörtlich gesagt: „Durch die Arbeit der Arbeiter würden die Gewinne erzielt, daher wäre es recht, wenn der Arbeiter an dem erzielten Gewinn partizipirte, das erstrebte die Sozialdemokratie.“ Hierdurch, meint Redner, könnte Unzufriedenheit erzeugt werden, denn die Arbeitgeber kämen diesen Forderungen nicht nach. Trotzdem ich dem Herrn Bankdirektor nachwies, daß Hasenclever derartiges nicht hätte sagen können, blieb der Redner doch bei seiner Behauptung. Den Mitgliedern des kaufmännischen Vereins behagte es nicht, Sozialisten in ihrer Mitte zu haben, weshalb sie, unter dem Vorwand, ich hätte den Bankdirektor, weil ich an der Wahrheit seines Ausspruches über Hasenclever zweifelte, „beleidigt“, mich nicht weiter reden lassen. Die Versammlung wurde wider den Willen der Mitglieder des Gewerbevereins geschlossen.

Klute.

Elbing. Petroleure seid Ihr! schreien die Gegner den Sozialdemokraten entgegen und weisen auf den Commune-Aufstand von Paris mit allen seinen „Schrecken“, aber die Vaterlandsfeinde können antworten: Paris ist weit und die Presse hat ein großes Gewissen. Doch Scherz bei Seite. Es ist ein trübes Bild, welches ich hier vorführen will. Hier in Elbing, einer ehemaligen Handelsstadt, ist, wie in vielen andern, eine Speicherinsel, die Speicher aber standen und stehen zum größten Theil leer und sind in Folge dessen werthlos, werthlos um so mehr, als dieselben zu Wohnhäusern nicht umzubauen sind; der Handel, welcher sich fortzog, wird aller Voraussicht nach nicht wiederkehren, also ist auch jede Aussicht auf Besserung für die Zukunft benommen. Es war Ende September oder Anfang Oktober 1871, in dem Jahre der Pariser Commune, als in einem Speicher Feuer ausbrach, welches jedoch schnell unterdrückt wurde; dieses war zwar nicht verdächtig, obgleich seit langer Zeit kein Brand auf der Speicherinsel gewesen, wohl aber wurde ein Verdacht rege, als wenige Tage nachher wieder ein Brand unterdrückt werden mußte. Volle Gewißheit, daß ein Verbrecher vorlag, erlangte man, als in einer Nacht zweimal die Löschmannschaften auf die Insel gerufen wurden. Die Behörde schritt ein, eine Belohnung von 100 Thlr. wurde für den Nachweis der Thäter ausgesetzt. In einem Falle, als zwei Speicher abbrannten, glaubte man auch den Verbrecher erwischt zu haben, doch man hatte sich getäuscht, denn in dem einen von den beiden niedergebrannten Speichern hatte ein obdachloser Mensch logirt, welcher durch Unvorsichtigkeit denselben ansteckte, er bekam auch nur 3 Monate Gefängniß. Die Brandstiftungsversuche wurden von Neuem wiederholt, und konnte mancher, wenn auch schnell entdeckte Brand nur mit Mühe unterdrückt werden. Nach einiger Zeit trat Ruhe ein, die Verbrecher schienen ermüdet und muthlos gemacht von ihren vergeblichen Versuchen. Da, es war eine schöne Sommernacht (Juni 1872), wurde die Stadt wieder von dem Feuerfchein eines brennenden Speichers erleuchtet; die schlecht organisirte Bürgerfeuerwehr, welche ziemlich spät in Thätigkeit trat, konnte die umliegenden Speicher nicht retten, einer nach dem

andern wurde von den Flammen ergriffen, die Bestürzung war eine große.

Am Morgen waren 11 große und mehrere kleinere Speicher, sowie viele Schuppen, Jänne und Bäume niedergebrannt. Es war dieses die 11. oder 12. Brandstiftung in einem Zeitraume von 9 Monaten! Die Behörde machte die größten Anstrengungen, die Thäter zu ermitteln, eine Belohnung von 500 Thlr., zu der noch eine von 200 Thlr., welche die Kaufmannschaft aussetzte, hinzukam, sollte Jeden zur Nachforschung anspornen. Doch Alles vergeblich! Die Kaufleute, welche noch Waaren in den Speichern hatten, mußten erhöhte Versicherungsprämien zahlen, da die Gesellschaften sich weigerten, weiter zu versichern. Wieder 10 Wochen später, es war des Morgens, als eben die zahlreicheren Wachmannschaften ihre Posten verlassen hatten, brach auf der Insel Feuer aus, 4 große Speicher, Schuppen u. s. w. wurden ein Raub der Flammen. Alle Nachforschungen waren vergeblich; man suchte sich nun durch eine große Wachsamkeit zu schützen; es bildete sich ein Nachwächter-Controlverein, bestehend aus den vielen Bürgern der Stadt, und diese Maßnahme schien Erfolg zu haben; wir hatten Ruhe. Im April 1874 begannen die Verbrecher ihre Thätigkeit von neuem; ein oder zwei Versuche schlugen fehl, dafür gelang ein anderer um so besser: in der Nacht vom 30. April zum 1. Mai wurden 7 oder 8 der größten und mehrere kleinere Speicher sowie Schuppen in einen Schutthaufen verwandelt. Jetzt war Luft, die übrigen Speicher lagen weiter von einander entfernt, konnten also nicht im großen, sondern mußten mehr einzeln in Rauch aufgelöst werden. Das Volkswort: „Die Speicher müssen herunter, eher haben Die keine Ruhe“, war beinahe in Erfüllung gegangen. Der Stadtheil am Elbingsfluß hatte ein ganz anderes Aussehen bekommen, die Zeugen des früheren blühenden Handels, die Speicher, waren zum größten Theil verschwunden, Kohlenhöfe, Wohnhäuser nehmen die leeren Stellen ein. Daß die Thäter nicht entdeckt, ist kaum möglich zu sagen. Nach 2 1/2 Jahren (1876) wurde das verbrecherische Handwerk von den Unbekannten von neuem betrieben, ein Speicher wurde in einen Schutthaufen verwandelt, ein anderer so sehr beschädigt, daß er jetzt abgebrochen ist; der angestrengtesten Thätigkeit einer mittlerweile eingerichteten Feuertwehr gelang es, weiteres Unglück zu verhindern, welches um so größer geworden wäre, da in der Nähe ein großes Holz- und Kohlenlager, sowie noch einige große Speicher sich befanden. Noch hinzusetzen will ich, daß in der Stadt, um die Zeit, als auf der Speicherinsel so lustig gebrannt wurde, auch Versuche zu Brandstiftungen gemacht wurden.

Fassen wir das Ganze zusammen: es sind auf der Speicherinsel allein 16—18 Brände angelegt, dadurch ungefähr 25 große und kleine Speicher, sowie viele Schuppen niedergebrannt, wenige sind stehen geblieben, auf wie lange? wird die Zukunft lehren. Eine ganze lange Kette von Verbrechern liegt hier vor, eines schließt sich an das andere und raffinierte, sehr geschickte Schurken müssen es sein, die dieses ausgeführt haben. Petroleure sind es in der vollsten Bedeutung des Wortes, und wer sind die Petroleure? Communisten, Sozialisten sind es, werden die Gegner den Lesern des „Vorwärts“ zurufen. Mögen meine Gesinnungsgenossen ihnen sagen, 1872, wo die „Petroleure“ so lustig in Elbing brannten, waren dafelbst noch keine Sozialdemokraten, selbst Schreiber dieses war damals, obgleich er sich durch die Vorgeschichte der Commune von Paris nicht grüselig machen ließ, dennoch radikal aber kein Sozialist, er kannte unsere Partei noch nicht. Auch als später sich welche fanden, hatte Niemand an uns zu denken gewagt. Es waren also in Wirklichkeit Petroleure, welche in Elbing hausten und vielleicht noch weiter hausten werden, aber man hat sie zu suchen in jenem Lager, in welchem der Egoismus, der Eigennuß die einzigen Triebfedern aller Handlungen sind. Die Speicher mußten fort, weil sie werthlos geworden waren, und sie sind fort.

Hamburg, 27. Oktober. In der Generalversammlung des Koerbmacher-Bundes von Hamburg, Altona, Ottensen wurde in Betreff der Gewerkschafts-Organisation folgende Resolution einstimmig angenommen: „Der Koerbmacherbund von Hamburg, Altona, Ottensen erklärt sich mit der Einberufung einer Gewerkschafts-Konferenz einverstanden, ist aber nicht im Stande, die Konferenz zu beschicken; er erklärt sich auch bereit, die Pflichten zu erfüllen, welche durch die späteren Statuten von ihm gefordert werden, d. h. wenn es ihm seine Mittel erlauben; auch denkt er der Organisation beizutreten.“ J. A. C. Hermann.

Briefkasten.

der Redaktion. W. St. in D.: Ja. — W. H. in R.: Sie haben dem Driegeistlichen mündlich anzuzeigen, daß Sie aus der Landeskirche auscheiden wollen; nach Verluß von 4 Wochen haben Sie diese Absicht noch einmal und zwar schriftlich zur Kenntniß desselben Geistlichen zu bringen, worauf dann das Weitere gerichtlich besorgt wird. — A. D. in Magdeburg: Sie erhalten brieflich in einigen Tagen Antwort; wir müssen in der betreffenden Frage noch einige Information haben. — G. S. in K.: Wir halten es für viel richtiger, wenn wir die beiden dortigen „Christlichen“ Schattirungen sich streiten lassen — haben wir zu diesem Streite mit beigetragen durch unsere Notiz, so ist das sehr gut.

Die Parteigenossen Müller und Pommer werden ersucht, ihre Adressen möglichst bald zu senden an Dem. Rehnert, Buchbinder, Amsterdam, Kerkstraat 212.

Culturg. Bömm Duisburg Ab. 3,70. Ghr hier Ab. 3,15. Expedition der „Zamacht“ Zürich Ab. 150,00. Geb Stätterig Ab. 19,80. Org Zeit Ab. 4,30. Grdnst Lindenan Ab. 42,85. Exped. der Bremer freien Zeitung Bremen Ab. 77,00. Ab Altona Ab. 28,45. Hh Sonneberg Schr. 17,00. Metallarbeitergewerkschaft hier Ann. 4,70. Rg Hannover An. 1,60. Schr. 1,40. J. Hf Mainz Ab. 47,15. Schr. 4,31. Bnt Nimes Ab. 3,43. J. Schmidt Paris Ab. 16,80. Samml. Gewerkschaften hier Ann. 1,80. Rhr Haindorf Ab. 17,14. Ebnh Tmesdar Ab. 3,09. Kbhj Dresden Ab. 99,0. Schmidt hier Ab. 0,55. Schr Wohlis Ab. 11,25. Schr Jpehoe Schr. 1,75. Kchrn Bredstedt Schr. 8,75.

Anzeigen etc.

Hannover. Sozialdemokratischer Wahlverein. Sonntag, den 3. November, Abends halb 9 Uhr, im Vereinslokal, Mittelstraße Nr. 11: (S. 164) Geschlossene Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Abrechnung. Verschiedenes. Der Vorstand. (70)

Hannover. Sonntag, den 4. November, Abends: Zitter-Concert im Loges'schen Keller. (S. 164) Zitter-Concert. (90)

Winterthur (Schweiz). Glaser-Fachverein. Wir warnen hiermit alle Berufs- und Parteigenossen, die überhaupst Jedermann vor Franz Jlig, Glaser, angeblich aus Freiberg (Sachsen) weil derselbe unseren Vereinen beschwindelt und mit einem bedeutenden Betrag das Weite gesucht hat. (S. 164) (70) Der Vorstand.

In einigen Tagen erscheint und ist durch alle Buchhandlungen und Colporteurs zu beziehen:

Der Kampf wider die Sozialdemokratie und die deutsche Fortschrittspartei.

Ein feyerliches Votum.

Von J. G. Findel.

ca. 2 Bogen broch. Preis 0,50 Pf.

Die Schrift wendet sich gegen die Deulmeiers der sog. „Ordnungspartei“ und vertritt die Ansicht, daß die deutsche Fortschrittspartei und die Sozialdemokratie gegenüber der andringenden Reaktion auf einander angewiesen sind.

Ferner erscheint demnächst: (S. 70) Spir, A., Moralität und Religion. 2. vermehrte und verbesserte Auflage. broch. M. 2,50. Betr. der Bedeutung des Philosophen Spir verweise ich auf die Citate in Schäffle's „Bau des sozialen Körpers“ zc. Leipzig. (26) J. G. Findel.

Für Männer-Chöre.

Im Verlag von Emil Saunertig in Gotha ist erschienen:

Liedersammlung

des Allgemeinen Arbeiter-Sänger-Bundes.

Erste Lieferung.

Inhalt: Nr. 1. Im Wald. Gedicht von Geib. Comp. von G. Scholz. — Nr. 2. Arbeitermarsch. Comp. von G. Kreudt. Preis für jede Lieferung: Partitur mit 4 Stimmen M. 1,60. 4 Stimmen ohne Part. M. 1,20.

Die bisher in demselben Verlag erschienenen 9 Arbeiter-Lieder sind im besonderen Heft oder auch einzeln zu beziehen. Geb. Partitur mit 4 Stimmen M. 8,50, 4 Stimmen M. 6,50. (26) (100)

Im Verlage der Volksbuchhandlung (früher Kottmann & Cie) in München ist erschienen und durch uns zu beziehen:

Dr. M. Lehmann's

Juristisches Taschenlexikon.

Ein Bademeccum für Studierende und Nicht-Juristen zur Orientirung auf dem Gesamtgebiete der Jurisprudenz.

Preis pro Exemplar 1 Mark.

Die Expedition dieses „Vorwärts“.

Die Rundschau.

Organ für sozialistische Propaganda erscheint vom November an auf vielseitigem Wunsch für 15 Pf. pro Nummer.

Bestellungen sind zu machen beim Verlag der Rundschau, Auelungstraße Nr. 5, Hamburg.

Rundschau

No. 5

ist erschienen und an diejenigen Filial-Expeditionen zur Versendung gelangt, welche über Nr. 4 abgerechnet haben.

Prachtvoll und solid gearbeitet

Einbanddecken

(Goldprägung) für die „Neue Welt“ Jahrgang 1876 u. 77 sind in Schwarz & Stoll M. 1,20, in Roth M. 1,50 gegen baar oder Nachnahme durch die Buchbinderei von H. Jansen, Leipzig, Universitätsstraße 16 zu beziehen. Colporteurs und Filial-Expeditionen erhalten bei Partiebezug entsprechenden Rabatt. Porto zu Lasten der Empfänger. NB. Bestellungen hierauf werden entgegengenommen und effectuirt von der Expedition der „Neuen Welt“, Leipzig, Färberstr. 12 II.

Sieben erschienen und durch uns zu beziehen:

Waldverwüstung und Ueberfluthung.

Ein Kapitel der Grund- und Bodenfrage.

Von Georg Follmar.

Preis pro Exemplar 15 Pfennig.

Die Buchhandlung des „Vorwärts“.

Für Lokal- u. Gewerkschafts-Vereine jeder Art passend sind praktisch eingerichtete

Cassenconto- & Mitgliederbeitrags-Bücher

zum Selbstkostenpreis à 50 Pfg. zu beziehen. Porto bei 1—2 Paar 20 Pfg.; 3 Paar 30 Pf.; darüber 50 Pf. Bestellungen sind zu machen bei A. Geib in Hamburg, Rödingsmarkt 12.

„Der arme Conrad.“

Illustrirter Kalender für das arbeitende Volk pro 1878. (Dritter Jahrgang.)

Gegen die Vorjahre bedeutend vergrößert (132 Seiten Fortf.). Trotz der gebiegenen und reichhaltigen Ausstattung kostet der Kalender gekleinet nur 40 Pfg., gebunden und mit gutem Schreibpapier durchschossen 60 Pfg., gegen baar oder Postnachnahme. Den Bestellern von Einzel-Exemplaren ist anzuempfehlen, für jedes Exemplar broschirt 50 Pf., gebunden 70 Pf., einzuliefern, wofür wir es franco per Kreuzband zusenden.

Die Lieferung des Kalenders erfolgt nur gegen baar oder Postnachnahme.

Frei-Exemplare werden nicht abgegeben.

Auf Posten von 1 Dutzend aufwärts berechnen wir broschirt 25 Pf. pro Stück netto gegen baar. gebunden 40 „ „ „

Expedition des „Vorwärts“, Leipzig, Färberstraße 12/II. Expedition der „Zackel“, Leipzig, Kleine Fleischergasse 15.

Verantwortlicher Redacteur: Hermann Heßig in Reuditz-Beipzig. Redaktion und Expedition Färberstraße 12/II. in Leipzig. Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei in Leipzig.

Hierzu eine Beilage.

\*) Der Herr Bankdirektor irr. Hasenclever hat gesagt, daß diese Forderung von einigen humanen Sozialdoctoren gestellt werde, daß aber, wie der Bankdirektor dies ja auch bekämpft, nicht einmal eine solche Forderung Anhang fände bei den Arbeitgebern, wie viel weniger die sozialistische, daß die Arbeiterklasse den vollen Ertrag der Arbeit erhalten sollte. R. d. A.

# Beilage des „Vorwärts“.

Sonntag, 4. November 1877.

## Herrn Eugen Dühring's Umwälzung der politischen Oekonomie.

Von Friedrich Engels.

VI.

Einen ganz groben ökonomischen Quartanerschnitzer, der zugleich eine gemeingefährliche sozialistische Kegereigin sich schlicht, hat Herr Dühring bei Marx entdeckt. Die Marx'sche Werttheorie ist „nichts weiter als die gewöhnliche . . . Lehre, daß die Arbeit Ursache aller Werthe und die Arbeitszeit das Maß derselben sei. In völliger Unklarheit verbleibt hierbei die Vorstellung von der Art, wie man den unterschiedlichen Werth der i. g. qualifizierten Arbeit denken solle. Allerdings kann auch nach unsrer Theorie nur die verwendete Arbeitszeit die natürlichen Selbstkosten und mithin den absoluten Werth der wirtschaftlichen Dinge messen; aber hierbei wird die Arbeitszeit eines Jeden von vornherein völlig gleich zu achten sein, und man wird nur zuzusehen haben, wo bei qualifizierteren Leistungen zu der individuellen Arbeitszeit des Einzelnen noch diejenige anderer Personen . . . etwa in dem gebrauchten Werkzeug, mitwirkt. Es ist also nicht, wie sich Herr Marx nebelhaft vorstellt, die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth als die einer andern Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeitszeit gleichsam verdichtet wäre, sondern alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell, also ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, vollkommen gleichwerthig und man hat nur bei den Leistungen einer Person, ebenso wie bei jedem fertigen Erzeugniß zuzusehen, wie viel Arbeitszeit anderer Personen in der Aufwendung scheinbar bloß eigener Arbeitszeit verdeckt sein möge. Ob es ein Produktionswerkzeug der Hand oder die Hand, ja der Kopf selbst ist, was nicht ohne anderer Leute Arbeitszeit die besondere Eigenschaft und Leistungsfähigkeit erhalten konnte, darauf kommt für die strenge Giltigkeit der Theorie nicht das Mindeste an. Herr Marx wird aber in seinen Auslassungen über den Werth das im Hintergrunde spukende Gekwätz einer qualifizierten Arbeitszeit nicht los. In dieser Richtung durchzugreifen, hat ihn die überkommene Denkweise der gelehrten Klassen gehindert, der es als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen muß, die Arbeitszeit des Karrenschiebers und diejenige des Architekten an sich als ökonomisch völlig gleichwerthig anzuerkennen.“

Die Stelle bei Marx, die diesen „gewaltigeren Horn“ des Herrn Dühring veranlaßt, ist sehr kurz. Marx untersucht, wodurch der Werth der Waaren bestimmt wird, und antwortet: Durch die in ihnen enthaltene menschliche Arbeit. Diese, fährt er fort, ist Voraussetzung einfacher Arbeitskraft, die im Durchschnitt jeder gewöhnliche Mensch ohne besondere Entlohnung in seinem leiblichen Organismus besitzt. . . . Komplizirtere Arbeit gilt nur als potenzirte oder vielmehr multiplizierte einfache Arbeit, sobald ein kleineres Quantum komplizirter Arbeit gleich einem größeren Quantum einfacher Arbeit. Daß diese Reduktion beständig vorgeht, zeigt die Erfahrung. Eine Waare mag das Produkt der komplizirtesten Arbeit sein, ihr Werth setzt sie dem Produkt einfacher Arbeit gleich und stellt daher selbst nur ein bestimmtes Quantum einfacher Arbeit dar. Die verschiedenen Proportionen, worin verschiedene Arbeitsarten auf einfache Arbeit als ihre Maßheinheit reduziert sind, werden durch einen gesellschaftlichen Prozeß hinter dem Rücken der Produzenten festgesetzt, und scheinen ihnen daher durch das Herkommen gegeben.“

Es handelt sich hier bei Marx zunächst nur um die Bestimmung des Werths von Waaren, also von Gegenständen, die innerhalb einer aus Privatproduzenten bestehenden Gesellschaft, von diesen Privatproduzenten für Privatrechnung produziert und gegen einander ausgetauscht werden. Es handelt sich hier also keineswegs um den „absoluten Werth“, wo dieser auch immer sein Wesen treiben möge, sondern um den Werth, der in einer bestimmten Gesellschaftsform Geltung hat. Dieser Werth, in dieser bestimmten geschichtlichen Fassung, erweist sich als geschaffener und gemessen durch die in den einzelnen Waaren verkörperte menschliche Arbeit, und diese menschliche Arbeit erweist sich weiterhin als Voraussetzung einfacher Arbeitskraft. Nun ist aber nicht jede Arbeit eine bloße Voraussetzung von einfacher menschlicher Arbeitskraft; sehr viele Gattungen von Arbeit schließen die Anwendung von, mit mehr oder weniger Mühe, Zeit- und Geldaufwand erworbenen Geschicklichkeiten oder Kenntnissen in sich ein. Erzeugen diese Arten von zusammengesetzter Arbeit in gleichen Zeiträumen denselben Waarenwerth wie die einfache Arbeit, die Voraussetzung von bloßer einfacher Arbeitskraft? Augenscheinlich nein. Das Produkt der Stunde zusammengesetzter Arbeit ist eine Waare von höherem, doppeltem oder dreifachem Werth, verglichen mit dem Produkt der Stunde einfacher Arbeit. Der Werth der Erzeugnisse der zusammengesetzten Arbeit wird durch diese Vergleichung ausgedrückt in bestimmten Mengen einfacher Arbeit; aber diese Reduktion der zusammengesetzten Arbeit auf einfache Arbeit vollzieht sich durch einen gesellschaftlichen Prozeß, hinter dem Rücken der Produzenten, durch einen Vorgang, der hier, bei der Entwicklung der Werththeorie, nur festzustellen, aber noch nicht zu erklären ist.

Diese einfache, in der heutigen kapitalistischen Gesellschaft sich täglich vor unsern Augen vollziehende Thatsache ist es, die Marx hier konstatiert. Diese Thatsache ist so unbestreitbar, daß selbst Herr Dühring sie weder in seinem Kurzus noch in seiner Geschichte der Oekonomie zu bestreiten wagt; und die Marx'sche Darstellung ist so einfach und durchsichtig, daß sicher Niemand „in völliger Unklarheit hierbei verbleibt“ außer Herrn Dühring. Vermittelt dieser seiner völligen Unklarheit verzieht er den Waarenwerth, mit dessen Untersuchung sich Marx zunächst allein beschäftigt, für „die natürlichen Selbstkosten“, die die Unklarheit nur noch völliger machen, und gar für den „absoluten Werth“, der bisher in der Oekonomie unseres Wissens nirgendwo kurs hatte. Was aber Herr Dühring auch unter den natürlichen Selbstkosten versteht, und welche seiner fünf Arten Werth auch die Ehre haben möge, den absoluten Werth vorzustellen, soviel ist sicher, daß von allen diesen Dingen bei Marx nicht die Rede ist, sondern nur vom Waarenwerth; und daß in dem ganzen Abschnitt des „Kapital“ über den Werth auch nicht die geringste Andeutung darüber vorkommt, ob, oder in welcher Ausdehnung, Marx diese Theorie des Waarenwerths auch auf andre Gesellschaftsformen anwendbar hält.

Es ist also nicht, fährt Herr Dühring fort, „es ist also nicht, wie sich Herr Marx nebelhaft vorstellt, die Arbeitszeit Jemandes

an sich mehr werth als die einer andern Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeit gleichsam verdichtet wäre, sondern alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell, also ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, vollkommen gleichwerthig.“ — Es ist ein Glück für Herrn Dühring, daß ihn das Schicksal nicht zum Fabrikanten gemacht und ihn so davor bewahrt hat, den Werth seiner Waaren nach dieser neuen Regel anzulegen, und damit dem Bankrott unfehlbar in die Arme zu laufen. Doch wie! Befinden wir uns hier denn noch in der Gesellschaft der Fabrikanten? Keineswegs. Mit den natürlichen Selbstkosten und dem absoluten Werth hat uns Herr Dühring einen Sprung machen lassen, einen wahren Salto mortale aus der gegenwärtigen schlechten Welt der Ausbeuter in seine eigene Wirtschaftskommune der Zukunft, in die reine Himmelsluft der Gleichheit und Gerechtigkeit, und wir müssen uns also diese neue Welt, wenn auch vorzeitig, hier schon ein wenig ansehen.

Allerdings kann, nach Herrn Dühring's Theorie, auch in der Wirtschaftskommune nur die verwendete Arbeitszeit den Werth der wirtschaftlichen Dinge messen, aber hierbei wird die Arbeitszeit eines Jeden von vornherein völlig gleich zu achten sein, alle Arbeitszeit ist ausnahmslos und prinzipiell vollkommen gleichwerthig, und zwar ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte. Und nun halte man gegen diesen radikalen Gleichheitssozialismus die nebelhafte Vorstellung von Marx, als sei die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth als die einer andern Person, weil darin mehr durchschnittliche Arbeitszeit verdichtet sei, eine Vorstellung, in der ihn die überkommene Denkweise der gelehrten Klassen befangen hält, der es als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen muß, die Arbeitszeit des Karrenschiebers und die des Architekten als ökonomisch völlig gleichwerthig anzuerkennen!

Leider macht Marx zu der oben angeführten Stelle im „Kapital“ die kleine Anmerkung: „Der Leser muß aufmerken, daß hier nicht vom Lohn oder Werth die Rede ist, den der Arbeiter etwa für einen Arbeitstag erhält, sondern vom Waarenwerth, worin sich ein Arbeitstag vergegenständlicht.“ Marx, der hier seinen Dühring vorher geahnt zu haben scheint, verwahrt sich also selbst dagegen, daß man seine obigen Sätze auch nur auf den in der heutigen Gesellschaft für zusammengesetzte Arbeit etwa zu zahlenden Lohn anwende. Und wenn Herr Dühring, nicht zufrieden damit, dies dennoch zu thun, jene Sätze für die Grundsätze ausgibt, nach denen Marx die Vertheilung der Lebensmittel in der sozialistisch organisirten Gesellschaft geregelt wissen wolle, so ist das eine Schamlosigkeit der Unterschlebung, die nur in der Revolverliteratur ihres Gleichen findet.

Doch beisehen wir uns die Gleichwerthigkeitslehre etwas näher. Alle Arbeitszeit ist vollkommen gleichwerthig, die des Karrenschiebers und die des Architekten. Also hat die Arbeitszeit, und damit die Arbeit selbst, einen Werth. Die Arbeit aber ist die Erzeugerin aller Werthe. Sie allein ist es, die den vorgefundenen Naturprodukten einen Werth im ökonomischen Sinne gibt. Der Werth selbst ist nichts anderes, als der Ausdruck der in einem Ding vergegenständlichten, gesellschaftlich notwendigen menschlichen Arbeit. Die Arbeit kann also keinen Werth haben. Ebenso gut wie von einem Werth der Arbeit sprechen und ihn bestimmen wollen, ebenso gut könnte man vom Werth des Werths sprechen oder das Gewicht, nicht eines schweren Körpers, sondern der Schwere selbst bestimmen wollen. Herr Dühring fertigt Leute wie Owen, Saint Simon und Fourier ab mit dem Titel: soziale Alchimisten. Nachdem er über den Werth der Arbeitszeit d. h. der Arbeit spitzirt, beweist er, daß er noch tief unter den wirklichen Alchimisten steht. Und nun ermittle man die Räuberei, mit der Herr Dühring Marx die Behauptung in die Schuhe schiebt, als sei die Arbeitszeit Jemandes an sich mehr werth, als die einer andern Person, als habe die Arbeitszeit, also die Arbeit, einen Werth — Marx, der zuerst entwickelt hat, daß und warum die Arbeit keinen Werth haben kann!

Für den Sozialismus, der die menschliche Arbeitskraft von ihrer Stellung als Waare emanzipiren will, ist die Einsicht von hoher Wichtigkeit, daß die Arbeit keinen Werth hat, keinen haben kann. Mit ihr fallen alle Versuche, die sich aus dem naturwüthigen Arbeitersozialismus auf Herrn Dühring vererbt haben, die künftige Vertheilung der Existenzmittel als eine Art höheren Arbeitslohns zu reguliren. Aus ihr folgt die weitere Einsicht, daß die Vertheilung, soweit sie durch rein ökonomische Rücksichten beherrscht wird, sich regeln wird durch das Interesse der Produktion, und die Produktion wird gefördert am meisten durch eine Vertheilungsweise, die allen Gesellschaftsgliedern erlaubt, ihre Fähigkeiten möglichst allseitig auszubilden, zu erhalten und auszuüben. Der dem Herrn Dühring überkommenen Denkweise der gelehrten Klassen muß es allerdings als eine Ungeheuerlichkeit erscheinen, daß es einmal keine Karrenschieber und keine Architekten von Profession mehr geben soll, und daß der Mann, der eine halbe Stunde lang als Architekt Anweisungen gegeben hat, auch eine Zeitlang die Karre schiebt, bis seine Thätigkeit als Architekt wieder in Anspruch genommen wird. Ein schöner Sozialismus, der die Karrenschieber von Profession vorewig!

Soll die Gleichwerthigkeit der Arbeitszeit den Sinn haben, daß jeder Arbeiter in gleichen Zeiträumen gleiche Werthe produziert, ohne daß man erst einen Durchschnitt zu nehmen hätte, so ist das augenscheinlich falsch. Bei zwei Arbeitern, auch desselben Geschäftszweigs, wird sich das Werthprodukt der Arbeitsstunde immer nach Intensität der Arbeit und Geschicklichkeit verschieden stellen; diesem Uebelstand, der indeß nur für Leute à la Dühring einer ist, kann nun einmal keine Wirtschaftskommune, wenigstens nicht auf unfremd Wellen, obheben. Was bleibt also von der ganzen Gleichwerthigkeit aller und jeder Arbeit? Nichts als die pure renommistische Phrase, die keine andre ökonomische Unterlage hat, als die Unfähigkeit des Herrn Dühring, zu unterscheiden zwischen Bestimmung des Werths durch die Arbeit und Bestimmung des Werths durch den Arbeitslohn — nichts als der Uebelstand, das Grundgesetz der neuen Wirtschaftskommune: Der Arbeitslohn für gleiche Arbeitszeit soll gleich sein! Da hatten die alten französischen Arbeiterkommunen und Weitling doch weit bessere Gründe für ihre Lohngleichheit.

Wie löst sich nun die ganze wichtige Frage von der höheren Löhnung der zusammengesetzten Arbeit? In der Gesellschaft von Privatproduzenten bestreiten die Privatleute oder ihre Familien die Kosten der Ausbildung des gelehrten Arbeiters; den Privatleuten fällt daher auch zunächst der höhere Preis der gelehrten Arbeitskraft zu: der geschickte Sklave wird theurer verkauft, der

geschickte Lohnarbeiter höher gelohnt. In der sozialistisch organisirten Gesellschaft bestreiten die Gesellschaft diese Kosten, ihr gehören daher auch die Früchte, die erzeugten größeren Werthe der zusammengesetzten Arbeit. Der Arbeiter selbst hat keinen Mehranspruch. Vorans nebenbei noch die Ruhanwendung folgt, daß es mit dem beliebten Anspruch des Arbeiters auf „den vollen Arbeitsertrag“ doch auch manchmal seinen Haken hat.

## Zur Kulturgeschichte der Deutschen.

II.

Wir bedürfen auch einer naturwissenschaftlichen Erklärung, wie es kommt, daß die Slawen und Litanen, welche den Germanen am nächsten verwandt und die ersten Jahrhunderte nach der Auswanderung aus der Urheimath deren Schicksalsgenossen waren; sich zu so verschiedenen Völkern entwickelt haben. Der Unterschied der drei Stämme in der Sprache kann ursprünglich nur ein mundartlicher gewesen sein, kaum so bedeutend als der heutige zwischen Hochdeutsch und Plattdeutsch — soviel läßt die Sprachforschung selbst jetzt noch erkennen. Sie verkehrten anfangs dieselben Götter, und sogar der Name des Göttervaters Odin (Wotan) war ihnen gemein. Sie zeigten sich alle drei lange Zeit gleich spröde gegen Stammesvereinigung und Staatenbildung; auch erfolgte bei allen dreien die Verschmelzung zu einem Volke und Staate durch Anstoß und Eingriff von außen. Wie kommt es, daß die drei Völker sich so weit verschieden fortentwickelt haben, ja, daß der älteste Name, mit welchem alle Slawen und Litanen die Deutschen bezeichnen, die „Stammen“ (Stemzi, d. h. wald-eigene Sprache nicht sprechen) bedeutet, während sie sich selbst die „Sprechenden“ (Slawane, Littwi) nennen? — Die Erklärung hierfür ist nicht so einfach als die vorige.

Wenn man annimmt, daß bei der ersten Auswanderung die Litanen den Vortrab, die Slawen die Mitte, die Germanen den Nachtrab bildeten, und daß die letzteren der vorwärts treibende, weil immer selbst von den Mongolen, und später den Robo-Perfern getriebene Stamm waren, und des Steppensbodens wegen Jahrhunderte lang nicht hart zusammengedrängt leben, nicht weithin mit einander verkehren konnten, so begreift man, daß die kleinen ursprünglichen Unterschiede des Volksthum's sich rasch vermehren mußten. Zuerst fanden die Litanen ihre dauernden Wohnsitze, als sie die Dniepr erreicht hatten und sich nicht entschließen konnten, Seefahrer zu werden. Vielleicht war bei diesem tapferen Volke der Widerwille gegen Unternehmungen zur See, welcher sie bis heute kennzeichnet, dadurch verurteilt, daß die Dniepr dasmal noch mit dem Eismeere zusammenhing, stürmisch und im Sommer voll Eisberge war. Hier fand schon 450 Jahre v. Chr. Geb. der Grieche Pythias von Marone die Grenzen zwischen den Litanen und Finnen, wie wir sie heute noch finden, wie Kohl (Reise in den Ostseeprovinzen) nachgewiesen hat — der Waldai oder nordrussisch Wandraden trennte sie; sie hatten also die mongolischen Ureinwohner zuerst weit zurückgedrängt nach Norden. Von den Slawen im Osten und Süden umschlossen, mit denen sie stets in Frieden lebten, und durch die Dniepr auf langer Linie beschützt, hatten sie nur einen schmalen Grenzstreifen gegen die Mongolen zu vertheidigen (im heutigen Livland) und obwohl ihnen diese im langen Verlaufe der Zeit genug Weiber und Kinder geraubt haben müssen, weil sie sich seitdem zu einem völlig weißen Volke, den Finnen (einschließlich der Wiven, Esthen, Karelen, Ingrier) umgebildet haben, so hörte doch der Grenzstreifen wohl bald auf, weil wir davon nur noch schwache Denkmäler übrig haben. Dieses Volk also, mit einer ganz offenen Grenze, verdankte es seiner Friedensliebe, daß es wohl zwei Jahrtausende ein fast ungestörtes Leben führte, und diese Friedensliebe verdankte es seiner Einpöpelung und Günstigkeit auf einem bloß mäßig ergiebigen Boden, sowie dem Mangel an Reiz zu einem Räuberleben, wo so wenig einladende Länder angrenzten. Zur Bildung eines Staats- und Volksganges, welches sich rasch eigenthümlich fortentwickelte, schritten sie aber erst bald nach 1200 n. Chr. Geb., als die Deutschordens- und die Schwertritter ihnen in Preußen, in Liv- und Kurland große Volkstheile und Landstrecken raubten, machten ihnen den Sieg sehr schwer und suchten später Schutz gegen die mächtigeren Nachbarn durch Anschluß an Polen.

Ganz anders mit den Slawen. Sie hatten kaum den dichten Hochwald des mittleren Rusland etwas gelichtet, als sie von Norden und Osten her — später nach dem Wegzug der Deutschen aus Südrussland (zwischen etwa 300 vor und 375 nach Chr. Geb.) auch von Süden her auf überall ganz offener Grenze furchtbar bedrängt wurden. Diese bei allen Slawenstämmen mindestens ein Jahrtausend, bei den russischen wohl zwei Jahrtausende anhaltende Bedrängnis nahm eine zweifache Gestalt an. Einerseits war sie ein unablässiger Grenzkrieg, indem die verdrängten Mongolenstämme jährlich bald hier, bald dort überraschende Einfälle machten, die waffenfähigen Männer mordeten, Weiber und Kinder behufs Vererbung der eigenen Rasse mitnahmen und vor den Verfolgern mit ihren Herden leicht entwichen, um wie die Fliegen immer wiederzukehren. Gegen dieses Raubwesen schützte man sich zwar durch Grenzwachden, aber auf einer so ausgedehnten Grenze nur unvollkommen. Diese stete Kriegsbereitschaft bekommt zuletzt auch das tapferste Volk satt. Die Grenzstämme zogen also davon; es suchten und fanden die Bulgaren (Anwohner der Wolga, und bereits ganz slavisch) um 600 nach Chr. Geb. neue Wohnsitze im griechischen Kaiserreiche zwischen Donau und Balkan; die Serben zum Theil zwischen der Donau und dem adriatischen Meere, zum Theil in der Gaus, die Czechen in Böhmen und Mähren, die Slowaken im Norden Ungarns, die Wenden zum Theil in Steiermark, zum Theil zwischen Saale und Oder, die Obotriten in Mecklenburg, die Pomoren in Pommern, die Rasuren in Westpreußen u. s. w., während die übrigen Slawenstämme sich weiter nach Westen zusammendrängten und Polen füllten und so eine leere Streife zwischen sich und den Mongolen ließen — alles um 600 n. Chr. Bald aber war durch beiderseitigen Volkszuwachs der trennende leere Raum wieder ausgefüllt, und der ewige Grenzkrieg begann wieder und wuchs im 9. Jahrhunderte bis zur Unertaglichkeit. Andererseits eroberten die Mongolen zweimal fast ganz das slavische Gebiet.

Die erste dieser Eroberungen war die der Hunnen, welche, wohl eine Million berittener wilder mongolischer Räuber stark, nach 375 n. Chr. die letzten deutschen Stämme aus Südrussland vertrieben, bis in die nach ihnen benannte ungarische Stepp

vordringen und unter der „Gottesgeißel“ Attila siebzig Völker, meist slavischen und deutschen Stammes, in ein Eroberer-Reich vereinigten (um 450). Für die Süd- und West-Slawen wiederholte sich diese furchtbare Ausbeuterwirtschaft, als um 900 ein Tartarenstamm, die Magyaren, in Ungarn einbrach und mit Hilfe der dortigen Hunnen ein Reich, auf die Knechtschaft und Kriegsfolge vieler Slawenstämme gegründet, errichtete, und als die Türken bald nach 1200 in der heutigen europäischen Türkei festen Fuß faßten und die dortigen Slawen theils unterjochten, theils zu steter Kriegsbereitschaft zwangen. Die entsehligte Staube aber kam 1227 über die Küssen, als die Mongolen-Schaaren des Batu und Dktai das Land gänzlich eroberten und 250 Jahre lang auf das Unglaublichste auslauge.

Es bleibt zu erklären, wie dies möglich war. Um 862 nach Chr. — so erzählt uns der alte Mönch Nestor — kamen die russischen Slawen überein, sich die Hilfe der Normannen (Waringer, Waringer, auch Kussen genannt) gegen ihre unerträglichen Grenzschmarren, die Mongolen, zu erbitten, angeblich auf den Grund hin, daß sie nicht einig zu sein und sich selbst zu regieren verstanden. Aus der mündlichen Höfungsprache Nestor's in die Wahrheit überleht, heißt dies soviel, daß die Slawen aus altgermanischem Unabhängigkeitstrieb keine staatenbildende Kraft erwerben konnten. Die Normannen, welche seit lange einen gewinnreichen Handel zwischen Ostsee und Schwarzem Meere auf dem Wasserwege über die Däna und den Dniepr betrieben hatten, zeitweilig auch mit Seeraub verbunden, hatten sich seit tausend Jahren in Scandinavien zum verwegenssten aller Eroberer-Völker ausgebildet. Sie ließen sich nicht zweimal einladen, setzten sich als Kriegerkaste unter den östlichen Slawen fest, denen sie den eigenen Namen „Kussen“ (Kothköpfe) beilegte und vereinigten sie zu einem Reiche, welches seine Grenzen bald auf Kosten der Mongolen ausbreitete und Frieden im Inneren erhielt. Ganz allmählich entwaffneten sie das Volk, welches ohnehin des bewaffneten Friedens müde war, nahmen ihm nach und nach die eine Hälfte alles Landes, das Gemeineland, zur Erhaltung ihres Lehnsadels hinweg, nöthigten das Volk zum christlichen Christenthum und mit Hilfe der christlichen Verdummung zum Frohndienste auf dem Lande des Adels und verhinderten die Bildung von Städten, einer Bürgerchaft und der Künste und Wissenschaften. Handwerke, Handel und Künste durften bloß von gebildeten Fremdlingen (Tartaren, Armeniern, Griechen, Indern u. c.) betrieben werden, und die einzigen Festungen außer Moskau waren die Burgen des Lehnsadels, während die Dörfer nie in dichten Gruppen, sondern in langen Linien von Gehöften angelegt werden mußten. Wir finden genau dieselbe Politik bei den Herrschern aller Slawenstämme wieder, so daß es dahin-gestellt bleiben muß, von wem die Erfindung ausgegangen ist. In Polen soll nach Buttk'e's Forschungen ein mebiischer Lehnsadel sich dem Volke angehängt und die Juden aus den Rhein-gegenden (welche ebendamals, um 1280, durch grausame Verfolgungen von dort vertrieben wurden) ins Land eingeladen haben, um das Entweichen eines Städtewesens und Bürgerstandes zu verhüten. In Ostdeutschland thaten dasselbe die deutschen Eroberer, bevor die Kaiser die Städtegründung zur Stütze ihrer eignen Macht gegenüber dem Adel betrieben. In Ungarn thaten dasselbe die herrschenden Magyaren, in der Türkei die Türken. Als nun der große Mongolensturm (1227) über Rußland hereinbrach, war das Landvolk bereits ganz entmannt, die Niederlage der Großfürsten (sie hatten ebendort das Land unter sich getheilt) vollständig; die dreihundertjährige Ausbeutung durch den Mongolen-Tribut und die vielköpfige Großfürsten-Erpressung vollendete die Verbeugung der Bauern und die Erniedrigung des Volkgeistes, und die Erlösung vom Landesfeinde konnte lediglich dadurch zu Stande kommen, daß die Großfürsten einander mißheten und beraubten, bis ein einziger ganz unbeschränkter, slavisch anzubetender Gewaltthäter übrig blieb.

Da die Deutschen im Mittelalter ganz ebenso sehr die Leibeigenschaft und das Hausrecht unter sich einreihen ließen, so haben sie den Slawen, welche weit schlimmer daran waren, in dieser Hinsicht nichts vorzuzurufen, und sie verdanken es noch zu erklärenden Ursachen, daß sie die Gräueltathen des Mittelalters viel früher abschüttelten, welche in den ostslawischen Ländern bei steter Andauer der Ursachen bis heute das Landvolk in unwürdigen Fesseln und im Elend erhält. Es steht fest, daß die Slawen noch gerade genug germanischen Freiheitsgeist im Blute erben, um allen Kulturvölkern nachzuweilen. Es bedarf nur eines genügenden Anstoßes, um den vierhundertjährigen Alpdruck der Entmündigung und Verdummung abzuwerfen und jenen entsehligen Fanatismus der Rache zu entsehlen, durch welchen die Kosaken die „Freien“, geflüchtete russische und polnische Leibeigene der südrussischen Steppen) und die Gehen in den Hussitenkriegen, sowie am Ende des vorigen Jahrhunderts die Serben der Türkei, und ganz neuerdings Montenegro und Bulgaren sich fürchtbar für ihre Unterdrücker gemacht haben, von zahlreicheren Keimern Erweisen ähnlicher Art gar nicht zu reden. Wir wissen genau, was wir sagen, wenn wir eine Wiederauferstehung des Freiheitsgeistes und darauf folgende Kulturblüthe unter allen Slawen als ganz nahe bevorstehend verkünden. Und Europa wird sie so wenig zu fürchten haben, daß vielmehr für es ein neuer Völkerfrühling davon zu erwarten ist.

### Wettstreit und Gleichheit.

Die neu erschienene Monatschrift: „Die neue Gesellschaft“ enthält einen Artikel aus der Feder von Dr. A. Schäffle über die natürliche Juchtwahl in der menschlichen Gesellschaft, in dem ausgeführt ist, daß es ein hoffnungsloses Unterfangen wäre, den Streit aus dem Spiele der sozialen Wechselwirkungen völlig auszuschließen, die Aufgabe der zukünftigen Gesellschaft wäre nur, diesen Streit moralisch zu machen.

Ein solcher Gedanke hat auf den ersten Blick viel Bestechendes. Wissen wir doch, daß dem Wettstreit der Völker und der einzelnen Individuen die schnelle Entwicklung der Industrie zu danken ist, und wissen wir doch, daß die Kulturentwicklung von der rohen Betätigung des Faustrechts bis zur „freien Konkurrenz“ die Tendenz zeigt, den Kampf der Menschen moralischer zu gestalten, und so kommt man leicht in den Gedankengang des Hrn. Dr. Schäffle: Statt der unter der freien Konkurrenz sich fühlbar machenden Kapital-Aristokratie: „die Aristokratie der persönlichen Tüchtigkeit anzuerkennen“ und den Satz: „Wer der Gesellschaft mehr leistet, soll mehr von ihr empfangen, mehr geehrt werden, soll herrschen“ zu unterzeichnen.

Und doch kann die Sozialdemokratie sich mit diesem Ziele durchaus nicht befriedigt erklären. Was den Gedanken so verlockend erscheinen läßt, ist eben der Umstand, daß in der That ein Fortschritt gegen die bestehenden Verhältnisse darin nicht zu verkennen ist; aber wir, die wir die völlige Befreiung und Gleichheit aller Menschen auf unsere Fahne geschrieben haben, wir müssen wohl prüfen, ob sie durch sorgloses Anerkennen der Aristokratie der persönlichen Tüchtigkeit nicht eine neue Ungerechtigkeit sanktionieren.

Solche Ungerechtigkeiten gleichen sich stets als eine erfire-

benswerth erscheinende Errungenschaft ein; der Uebergang vom Töbten der Kriegsgefangenen zur Benützung derselben als Sklaven wurde von diesen nicht minder froh begrüßt, als der Uebergang von der Leibeigenschaft zur „freien“ Arbeit von den „freien“ Arbeitern, welche sich willig den Kapital-Aristokraten, ihren Brotaggebern, unterordneten; heute haben wir die bittere Erfahrung hinter uns, bis zu welchem Grad eine ursprünglich als Fortschritt begrüßte mildere Suprematie empfunden werden kann. — Auch giebt Schäffle selbst zu, daß mit der neuen Gesellschaft unter der Aristokratie der persönlichen Tüchtigkeit nur eine neue Etappe in der Entwicklung gewonnen sein würde, und, wenn das der Fall ist, nun so liegt die Frage nahe, wozu mit offenen Augen in einen neuen Kampf gehen, den wir vermeiden können, warum nicht das Glück aller Menschen direkt und sofort anstreben?

Ist es also, fragen wir, wirklich ein hoffnungsloses Unterfangen, „den Streit aus dem Spiele der sozialen Wechselwirkungen auszuschließen“?

Und, nein können wir, nein müssen wir antworten, wenn wir die Frage in ökonomischer Hinsicht vom radikal-sozialdemokratischen Standpunkte beantworten wollen. —

Nicht der ökonomische Anreiz der persönlichen Tüchtigkeit, „mehr von der Gesellschaft zu empfangen“, als Andere, soll die Basis der neuen Gesellschaft sein, sondern einzig und allein der Ehrgeiz des Pflichtbewußtseins!, ihr mit aller Kraft nützlich zu sein und die Freunde, ihr viel genutzt zu haben, ohne dafür mehr zu empfangen.

Die persönliche Tüchtigkeit wollen wir gern ehren, aber sie zu einer neuen ökonomischen Aristokratie zu machen, das sei ferne von uns, das ist nicht nöthig! —

Sehen wir uns das Streben eines jungen Mannes an, der in den bürgerlichen Beruf tritt, so werden wir nur eine Tendenz in seinem Handeln sehen, die des Ehrgeizes, des Pflichtbewußtseins. Von Allen, die ihn kennen, als „tüchtiger Mensch“ genannt zu werden, ist sein nächstes Ziel und obgleich er sieht, wie heutzutage Zufall und Unglück oft die tüchtigsten Kräfte im Kampfe unterliegen lassen; obgleich er durchschaut, daß durchaus nicht das Pflichtbewußtsein es ist, das ihm eine Gewähr für seine Zukunft geben kann, so strebt er doch, diese Eigenschaften zu erringen, damit man von ihm sage, er sei „ein tüchtiger pflichtbewußter Mensch.“ —

Wenn nun gar diese Eigenschaften die Basis der neuen Gesellschaft sind, so wird die seiner Zeit herrschende Moral eben den ehren, der den Ehrgeiz hat, pflichtbewußt und ohne Selbstsucht — zu sein und die Erkenntnis, daß dieses Streben das Glück der Welt begründet, wird es dem Einzelnen zu größter Herzensfreude machen, im Sinne dieser Moral zu leben. —

Das war auch der Grundgedanke, der durch das reine selbstlose, empfindungslose Christenthum hindurchklingt: das Streben nach Selbstzufriedenheit ist das höchste Glück, höher als der ganze Bettel, selbst einer Milliarde von Dotation!

Es ist eben keine zum Nachtheil für die Gesamtheit werdende Bergewältigung des Staates, wenn ihm ökonomisch die Gelegenheit genommen wird, aus seiner Tüchtigkeit Kapital zu schlagen: dieselbe moralische Erkenntnis, welche die rohe Gewalt als Faktor aus dem Streit ausschließt, rechtfertigt auch den Ausschluß der Suprematie der persönlichen Tüchtigkeit, und die Klugheit, mit der wir uns vor einer neuen Aristokratie schützen, wird uns von dem höchsten Gebot, von dem der Gleichheit vorgeschrieben und von der Selbsterhaltungsrücksicht des angestrebten Staats geradezu diktiert.

Wenn rein demokratische Verfassungen die Wiederwahl selbst des tüchtigsten Präsidenten verbieten, so liegt unter Umständen darin sogar eine Schädigung der Gesamtheit, wenn ein minder Befähigter auf den Präsidentenstuhl berufen werden muß. Aber doch ist das Gesetz gut, um den Uebergang zu despotischen Uebergriffen zu verhindern. Ist doch, wie Cicero sagt, jedes Gesetz so lange gut, bis es in schlechte Hände kommt. So würden wir, — selbst den bestrittenen Nachtheil für die Staatsleitung aus der ungelohnten größeren persönlichen Tüchtigkeit zugegeben — uns im höheren Interesse lieber diesen kleinen Nachtheil fügen, als einen neuen aristokratischen Keim zu schaffen, der schlechten d. h. zu egoistischen Händen den Dolch in die Hand geben könnte, den hohen Gleichheitsgedanken — wenn einst durchgedrungen — wieder zu meucheln.

S. L.

### Vermischtes.

— Die nordamerikanischen Schuhfabriken. Die nordamerikanische Schuhindustrie, deren hohe Entwicklung die Aufmerksamkeit aller Fachkreise seit Jahren auf sich zieht, ist der Gegenstand einer ausführlichen, beachtenswerthen Darstellung in einem Buche von H. A. Schneider, betitelt: „Die Schuhmacherei auf der Westküste von Philadelphia 1876“ (Weimar bei V. F. Voigt), dem wir folgende Mittheilung von allgemeinerem Interesse entnehmen.

Der nordamerikanische Gewerbesleiß hat sich seit Jahren, gezwungen von dem hohen Preise menschlicher Arbeit und unterstützt durch ein treffliches Patentgesetz, die Erzeugung neuer Maschinen zur Erleichterung der Schuhfabrikation, und zwar mit bestem Erfolge, angelegen sein lassen. In Folge davon sind die Hausindustrie und der Kleinbetrieb in der Schuhmacherei in den Vereinigten Staaten schon längst durch den Großbetrieb verdrängt, der zahlreiche Maschinen und Motoren beschäftigt. Die amerikanische Schuhindustrie stützt sich vorwiegend auf das Kapital, erst in zweiter Linie auf die Arbeit, (?) und liefert mit den mächtigen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, auch in technischer Hinsicht das Bollenbeste.

Der Umfang dieses Industriezweiges ist sehr beträchtlich. Nach den Angaben des Census vom Jahre 1850 wurden in den Vereinigten Staaten 11,300 Betriebe für Fertigung von Schuhen und Stiefeln gezählt; darin waren 72,305 männliche und 32,498 weibliche Personen, zusammen 104,803 Personen beschäftigt. Bis 1860 hatte die Zahl der Betriebe nicht erheblich zugenommen; sie war nur bis auf 12,500 gestiegen; dagegen hatte eine ansehnliche Erweiterung der bestehenden Etablissements stattgefunden, und waren die inzwischen neugegründeten meist im großartigen Stile angelegt. Der in den sechziger Jahren lobende Bürgerkrieg, der manchen andern Industriezweig schwer heimlichete, hatte die Schuhindustrie nicht nur nicht geschädigt, sondern sogar in wirksamer Weise gefördert. So wurden denn bei dem Census vom Jahre 1870, dem letzten allgemeinen, 26,977 Betriebe für Schuh- und Stiefelwaren (einschl. der für Schuhmacher-Werkzeuge) gezählt, worin im Ganzen 231,552 Personen (186,218 männliche, 45,334 weibliche, 6459 Kinder) beschäftigt wurden. Im Jahre 1870 wurden über 80 Millionen Paar Schuhe und Stiefel erzeugt, die fast sämmtlich im Inlande verbraucht wurden, da die Ausfuhr sehr unbedeutend ist.

Die Neu-England-Staaten, mit Massachusetts an der Spitze, sind die Hauptstühle der Schuhindustrie. Massachusetts allein produziert etwa zwei Dritttheile aller in den Vereinigten Staaten verbrauchten Schuhwaren. Die Stadt Boston hat, neben starker eigener Produktion, fast das gesammte Commissions- und Handels-

geschäft der Branche in der Hand. Von dort aus wurden nach Blagen außerhalb der Neu-England-Staaten 1870 1,250,000, 1873 1,336,000 und 1876 1,521,000 Paare mit Schuhwerk verhandelt, von denen jede entweder 2 Dupend Paar Herrenstiefel oder 5 bezw. 12 Dupend Paar Damen- bezw. Kinderstiefel faßt. Diese Zahlen deuten auf eine sehr große Produktion, die aber außerdem noch den eigenen Verbrauch, der bei 3 1/2 Millionen Einwohnern nicht unbedeutend sein kann, befriedigt. Hauptplätze der Fabrikation sind neben Boston die Orte Lynn, Haverhill, Waver, Danvers, Brocton u. a. m.

Bei den immer weiter gehenden Anstrengungen, die Leistungsfähigkeit der Fabriken zu vergrößern, ist gegenwärtig die Möglichkeit hergestellt, dem Bedarfe in jeder Höhe zu genügen. Dem gegenüber ist jedoch die Nachfrage auf dem heimischen Markte nicht gestiegen, sondern herabgegangen, so daß für die amerikanische Schuhfabrikation der auswärtige, überseeische Absatz eine wichtige Frage wird. Bis jetzt hat sich gezeigt, daß die nordamerikanische Schuhindustrie wohl auf ihrem eigenen Markte lebensfähig ist und hier jeder Konkurrenz die Stirne zu bieten vermag, daß sie aber z. B. noch nicht exportieren kann. Wie gering thatsächlich die Ausfuhr ist, geht daraus hervor, daß aus dem Hafen von New-York, der für den Export von Schuhwaren fast ausschließlich in Betracht kommt, im Jahre 1875 nur 2721 Paare mit Schuhen und Stiefeln im Werthe von 188,058 Dollars und im Jahre 1876 sogar nur 2585 Paare im Werthe von 129,654 Dollars nach auswärtigen Hafenplätzen verhandelt wurden; dieser geringe Export erreicht nicht annähernd den Import englischer und französischer Waaren, wovon allein zwei Händler in Boston, nach deren eigenen Angaben, jährlich für 95—110,000 Dollars verkaufen. — Aus obigen Angaben kann man aber ersehen, wie auch in den Zweigen der Industrie, die bislang mehr noch in den Händen des Kleinbetriebs sich befanden ein fortwährendes Ringen sich kundgibt, dieselben vollständig der Großindustrie zu unterwerfen.

— Die Londoner Polizei. Aus dem Bericht des Chefs der Londoner Polizei, des Obersten Henderson, an den Minister des Innern pro 1876 geht hervor, daß die Gesamtstärke der zum Schutze der öffentlichen Sicherheit eingelehten Macht 10,268 Mann betrug, eine wunderbar kleine Zahl für eine Einwohnerchaft, die jene des ganzen Königreichs Sachsen noch überträgt. Von diesen 10,268 waren 674 in den Docks und Militär-Stationen beschäftigt, 562 in verschiedenen öffentlichen Verwaltungszweigen, Eisenbahnen und Justizstellen und 9032 in der eigentlichen Hauptstadt. Die Polizeigewalt der Metropole entfiel in 21 Oberbeamte, 224 Inspektoren, 907 Sergeanten und 7859 Konstabler. Das Gebiet wird in 21 Districte getheilt, mit Einschluß der Themse von Walton bis Erith. Verhaftet wurden in dem Jahre 76,214 Personen. Die Zahl der Verhafteten zeigt gegen das Vorjahr eine Zunahme von 3608, und zwar fast durchweg im Gebiete der Betrunktheit, denn im Jahre 1875 gab es 36,539, im Jahre 1876 aber 38,748 wegen Trunkenheit und Ordnungsführung Verhaftete. Alle anderen Anklagen zusammen zeigten eine Zunahme von 1623, bei einer reichend zunehmenden Bevölkerung; die Anklagen schwererer Natur, wie z. B. Raubversuche, zeigen sogar eine Abnahme gegen das Jahr 1875, welches sich unter zehn Jahren durch die geringe Anzahl ernstlicher Verbrechen auszeichnete. Der Bericht konstatirt ferner, daß während der letzten 10 Jahre in den Straßen Londons 1135 Personen durch Ueberfahren getödtet und 21,827 verwundet wurden; daß die Polizei während des Jahres 18,881 herrenlose Hunde aufgriff, daß 11,805 Personen, darunter 8531 Kinder im Alter unter 10 Jahren, der Polizei als verloren oder vermißt gemeldet wurden. Von den Vermißten wurden 5129 Kinder und 779 Erwachsene von der Polizei gefunden und ihren Angehörigen wiedergegeben. 103 Erwachsene verübten Selbstmord, und 8 Kinder und 140 Erwachsene verschwanden spurlos; die Uebri-gen wurden entweder von ihren Angehörigen gefunden oder lehren aus freien Stücken nach ihrer Behandlung zurück.

— Die Einnahmen an Zöllen und gemeinschaftlichen Verbrauchssteuern haben im deutschen Reiche für die Zeit vom 1. April 1877 bis zum Schlusse des Monats September 1877 (im Vergleich mit der Einnahme in demselben Zeitraum des Vorjahres) betragen: Zölle 52,510,410 Mark (— 7,650,957 M.), Rübenzuckersteuer 3,734,976 M. (+ 1,216,304 M.), Salzsteuer 15,679,145 M. (+ 1,000,603 M.), Tabaksteuer 346,395 M. (— 13,269 M.), Branntweinsteuer 9,548,552 M. (— 961,058 M.), Uebergangsabgaben von Branntwein 47,069 M. (— 9824 M.), Branntwein 7,588,352 M. (— 175,459 M.), Uebergangsabgaben von Bier 416,901 M. (+ 1571 M.); Summa 82,401,848 M. (— 6,592,089 M.)

— Die „Nabel der Kleopatra“. Der unter diesem Namen bekannte, seiner Zeit von Nemehd Ali der englischen Regierung geschenkte Obelisk, war bekanntlich vor einigen Wochen, nachdem er Jahrzehnte lang in einiger Entfernung von der Küste halb versunken im Erdreich gelegen, von englischen Ingenieuren gehoben und zum Transport nach England zu Wasser gebracht. Man hatte zu diesem Zwecke um den Obelisk herum, während er noch auf dem Lande lag, einen großen hohlen, nach beiden Enden spitz zulaufenden eisernen Cylindrer gebaut, dessen Größe so berechnet war, daß er den steinernen Kolos im Wasser zu tragen vermöchte und noch weit genug aus dem Wasser hervorrage, um auf einem im oberen Theile des Cylinders angebrachten kleinen Deck einigem mit dem Randviren dieses neuartigen Fahrzeuges beauftragten Leuten einen einigermaßen sicheren Aufenthalt zu gewähren. Nachdem der Cylindrer unter mehrfachen Schwierigkeiten glücklich zu Wasser gebracht, hatte man ihn im Dock zu Alexandria an beiden Seiten mit einer Art falschen Kiels versehen, um der voraussichtlichen Neigung desselben, im Seegegan zu rollen, thunlichst entgegenzuwirken, und war dann das ganze Ungethüm Mitte vorigen Monats im Schlepptau des Liverpooler Dampfers „Olga“ von Alexandria nach England in See gegangen. Nach einer zwar langsamen, aber bis dahin glücklichen Reise wurde die „Olga“ in der Nacht von Sonntag auf Montag unweit Cap Finisterre von einem schweren Sturm aus SW. überfallen, infolge dessen die am Bord des Cylinders befindlichen Leute sich gezwungen sahen, um Hilfe zu signalisiren. Die „Olga“ setzte ein Boot mit ihrem zweiten Offizier und 5 Mann aus, um die gedachten Leute aufzunehmen, doch kenterte das Boot, und die darin befindlichen fanden ihren Tod in den Wellen. Am folgenden Morgen machte ein anderes Boot der „Olga“ einen zweiten Versuch zur Bergung der auf dem Cylindrer befindlichen Mannschaften, der glücklicherweise gelang, worauf die „Olga“ bei fortwährend zunehmendem Sturm den Obelisk in 44° 53' n. Br., 7° 52' w. L. loswerfen mußte. Die Befürchtungen, daß der Obelisk damit auf immer wiedersehen verloren sei, scheint sich jedoch nicht zu bewahrheiten, denn wie ein bei Lloyd's eingegangenes Telegramm aus Ferrol meldet, ist derselbe von dem englischen Dampfer „Hymarice“ 10 Meilen nördlich von Ferrol angetroffen und ins Schlepptau genommen worden.